



MARCHIVUM

MANNHEIMS ARCHIV
HAUS DER STADTGESCHICHTE
UND ERINNERUNG



MARCHIVUM Druckschriften digital

General-Anzeiger der Stadt Mannheim und Umgebung. 1886-1916 1908

30 (18.1.1908) Abendblatt

[urn:nbn:de:bsz:mh40-331840](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-331840)

General-Anzeiger



Abonnement:

70 Pfennig monatlich,
Erlaubnis 25 Pf. monatlich,
durch die Post bez. incl. Post-
zuschlag M. 2.45 pro Quartal,
Einzels-Numer 6 Pf.

(Badische Volkszeitung.)

der Stadt Mannheim und Umgebung.

(Mannheimer Volksblatt.)

Badische Neueste Nachrichten

Unabhängige Tageszeitung.

Inserate:
Die Colonne-Zeile ... 25 Pf.
Kurzweilige Inserate ... 30
Die Reklame-Zeile ... 1 Mark

Gefestigte und verbreitetste Zeitung
in Mannheim und Umgebung.

Täglich 2 Ausgaben
(ausgenommen Sonntag)

Eigene Redaktionsbureaus
in Berlin und Karlsruhe.

Schluss der Inseraten-Akademie für das Mittagsblatt Morgens 1/2 9 Uhr, für das Abendsblatt Nachmittags 3 Uhr.

Telegramm-Adresse:
„Journal Mannheim“
Telefon-Nummern:
Direktion u. Buchhaltung 1449
Druckerei-Bureau (An-
nahmen-Druckarbeiten) 341
Redaktion ... 377
Expedition und Verlags-
buchhandlung ... 318

Nr. 30.

Samstag, 18. Januar 1908.

(Abendsblatt.)

Die heutige Abendausgabe umfasst im ganzen
20 Seiten.

Mulay Hafid.

Die Franzosen haben Recht. Sie haben seit Monaten, insbesondere seit dem Zusammenstoß ihres Gesandten mit dem Sultan in Rabat, nicht ohne Geschick daran gearbeitet, den Sultan selbst praktisch in ihre Hände zu bekommen und so gewissermaßen mit Hilfe des Sultans um die Schranken, welche die Akte von Algieras ihrem Einflusse ziehen, herumzukommen. Diesen Sinn sollte die Anleihe von 150 Millionen Francs haben, um dem Sultan zu ermöglichen, die französische Forderung zu bezahlen. Diese Anleihe sollte für alle bisherigen finanziellen Verbindlichkeiten des Sultans aufkommen, sollte dem Sultan noch genügende Mittel in die Hand geben, um gegen seinen Bruder Mulay Hafid vorgehen zu können. Dafür sollte Frankreich die gesamte Finanzkontrolle in die Hand bekommen. Das wäre freilich gegen die Akte von Algieras gewesen. Da der Plan aber von dem Sultan selbst ausging, so wäre es wohl nicht leicht gewesen, etwas dagegen zu machen, zumal wenn die marokkanische Staatsbank, welche kraft der Akte von Algieras für alle Operationen zuständig ist, sich außerstande hätte erklären müssen, die Sache zu übernehmen. All dieser schöne Samen war eben im Aufgehen, als etwas den Franzosen gänzlich Unerwartetes eintrat, und der Gegenkandidat Mulay Hafid in Begleitung von den Gelehrten Rabat zum Sultan ausgerufen wurde.

Damit ist die Situation mit einem Male verändert. Die Franzosen scheinen gänzlich desorientiert zu sein. Sie haben das Gefühl, sich auf die falsche Seite gestellt zu haben und wissen nun nicht recht, ob sie auf dieser Seite sitzen bleiben sollen oder etwas dabei gewinnen können, sich auf die andere Seite zu legen.

Die Situation ist allerdings nicht leicht. Durch die Ereignisse ist nämlich der Ausweg, den die Franzosen aus der Marokko-Affäre zu finden gehofft hatten, nicht nur im einzelnen Fall, sondern eigentlich generell ad absurdum geführt. Frankreich glaubte wohl durch allmähliche geschickte Auseinandersetzungen, durch Geld und Unterstützung des Sultans sozusagen hinter den Kulissen die Hand auf Marokko legen zu können. Man wollte an der Akte von Algieras, ohne gestört werden zu können, vorbeigleiten. Kennern der dortigen Verhältnisse war es auch vor dem Eintritte der jetzigen Ereignisse nicht unbekannt, daß diese Politik des Bastierens mit dem Sultan die Gefahr in sich barg, den Sultan durch Franzosenfreundlichkeit zu schwächen. Das ist denn auch eingetreten. Je Franzosenfreundlicher der Sultan wurde, desto stärker wurde der Mißhagen, den der Gegenkandidat im Lande fand. Die Franzosen haben ihr eigenes Werkzeug kompromittiert. Heute wird der alte Sultan überall in Marokko als derjenige, der das Land an die Franzosen verlor, betrachtet. Seine Absetzung wurde mit diesem Ver-

tat begründet. Das ist natürlich die Folge des aufreizenden und provozierenden Auftretens der Franzosen; wären sie weniger anpruchsvoll und verlegend aufgetreten, so hätten sie nicht die Gefühle der Marokkaner so beleidigt, daß ein franzosenfeindlicher Sultan heute nicht mehr denkbar ist. So haben sie sich den mittleren Weg verschlossen. Heute gibt es nur mehr ein Vorwärts und ein Zurück, denn Sultan Abdul Aziz weiter fliehen zu wollen, bedeutet den Marsch in das Innere des Landes. Das bedeutet den Krieg. Eine Neutralität bedeutet wahrscheinlich den Sieg Mulay Hafids und für die Franzosen den Verlust aller der kleinen Vorteile, welche sie in der letzten Zeit mühsam errungen haben. Die Dinge stehen dann genau da, wo sie im Sommer vorigen Jahres standen. Durch die Expeditionen nach Casablanca und nach Uta ist nicht das Geringste erreicht worden.

Die Akte von Algieras werden durch den Kampf der beiden Sultane natürlich nicht berührt. Sie sind nicht mit der Person des Sultans, sondern mit dem Sultan als Herrscher von Marokko geschlossen. Der Nachfolger übernimmt ohne weiteres völkerrechtlich die Verpflichtungen, die sein Vorgänger eingegangen ist. Die Franzosen mögen sehen, wie sie die Suppe ausessen, die sie sich selbst eingebracht haben. Die nationalen Politiker Deutschlands aber werden nicht müde werden, unser Auswärtiges Amt zu mahnen, die Augen offen zu halten und die deutschen Interessen in Marokko mit aller Energie wahrzunehmen. Es sind vitale Interessen Deutschlands, die in Betracht kommen.

Engländer und Chinesen auf dem Westflusse.

W. Canton, 16. Dez.

Nach einigen in diesen Tagen aus Shanghai eingegangenen Telegrammen befindet sich die chinesische Bevölkerung in einer starken Erregung gegen die Engländer. Diese Erregung ist aber nicht nur auf die Szechuan-Anleihe zurückzuführen, sondern auch auf die Verletzung der chinesischen Souveränität durch eine englische Flottille auf dem Westflusse.

Da die chinesische Regierung noch der im Sommer stattgehabten Verhandlung eines unter englischer Flagge auf dem Westflusse fahrenden Dampfers durch Piraten, nicht reich genug Abhilfe gegen die Wiederkehr derartiger Vorkommnisse sah, so bildete der Chef des englischen Kreuzergeschwaders kurzerhand eine Flottille aus 12 Kanonenbooten und Torpedofahrzeugen und ließ sie von Canton nach Westchou in Kwangsi laufen. Unterwegs wurde jedes den englischen Kriegsschiffen entgegenkommende Fahrzeug angehalten und nach Räubern durchsucht.

Ueber dieses eigenmächtige Vorgehen grollt nun zunächst die Bevölkerung in großer Aufregung. Es wurden Protestverksammlungen abgehalten und Flugblätter verteilt. Die Rufer im Streit forderten auch schon zu einem allgemeinen Boykott des englischen Handels auf. Zur rechten Zeit aber haben die kaufmännischen Gilden ein, daß

sie sich dabei nur selbst ins Fleisch schneiden würden. Sie fanden daher auf ein anderes Kampfmittel, und sie fanden es. Denn auch die Mehrzahl der Dampfer und Dampfschiffe auf dem Westflusse unter fremder Flagge (namentlich englischer) fährt, so gehören die Schiffe doch selbst fast ausschließlich Chinesen. Diese haben sie nur unter fremden Schutz gestellt, um den ewigen Plackereien und Erpressungen der chinesischen Beamten zu entgehen. Vor Schiffen unter fremder Flagge machen die Schiffräte der Mandarinen halt, weil sie fürchten, wegen einer Uebertretung der Verträge mit den fremden Mächten zur Verantwortung gezogen zu werden. Von dem Standpunkt ausgehend, daß lediglich der Umstand, daß die Schiffe unter fremder Flagge fahren, den Engländern eine Berechtigung gibt, diese „ihre“ Schiffe durch Kriegsschiffe zu schützen, wandten sich die Gilden an den Generalgouverneur mit dem Ersuchen, ihnen Sicherheit dafür zu leisten, daß die unter chinesischer Flagge fahrenden Schiffe, was die Zahlung von Zöllen und anderen verkehrsrechtlichen Abgaben anlangt, nicht schlechter gestellt werden sollten, als die unter fremder Flagge fahrenden. Der Generalgouverneur sagte das sofort zu, und nun wird die englische Flagge in aller nächster Zeit vom Westflusse verschwinden und damit den Engländern die Berechtigung, Polizeidienst auf dem Westflusse auszuüben, entzogen.

Der Zwischenfall hat auf diese Weise eine erheblich andere Erledigung gefunden, als ursprünglich wohl von den Engländern erwartet worden ist. Auch sein Verlauf zeigt wieder, wie gefährlich es ist, das Nationalgefühl der Chinesen zu verletzen. Schließlich ziehen auch in diesem Falle die Ausländer den Kürzeren.

Auf der anderen Seite soll aber nicht verkannt werden, daß die Demonstration der englischen Flotte nicht ohne Wirkung geblieben ist. Der Generalgouverneur von Canton hat einen besonderen Schutzpolizeidienst geschaffen und an dessen Spitze einen sehr tatkräftigen General berufen. Es wird in Zukunft nicht mehr Sache des Admirals der viel zu schwachen Südflotte sein, die Flußläufe zu patrouillieren, sondern die Aufsicht über sie ist einer besonderen Behörde übertragen, die ihre Tätigkeit auf das die Flußläufe einschließende Land ausdehnen kann. Damit ist wenigstens die Gewähr gegeben, daß die Verfolgung der Piraten in Zukunft nachdrücklicher betrieben wird. Mittelbar wird dann auch das wieder dem ausländischen Handel zugute kommen. Denn nur da wo Ruhe und Ordnung herrschen, kann der Verkehr aufblühen und ein Markt für die Waren des Auslandes geschaffen werden.

Politische Uebersicht.

Mannheim, 18. Januar 1908.

Die freisinnige Fraktionsgemeinschaft.

Es scheint doch nicht alles zu stimmen trotz der Versicherungen des „Berl. Tagebl.“ und der „Frankf. Ztg.“. Die „Voss. Ztg.“ hatte bekanntlich verraten, daß einige Herren der freisinnigen Vereinigung von dannen ziehen würden.

Aus der Gesellschaft.

Im Monat Januar erreicht die Saison ihren Höhepunkt. Zwar haben die Festlichkeiten bei Hofe noch nicht begonnen, doch dafür haben die „Empfänge“ in vollster Blüte. Der „Tee“ ist zur bleibenden Einrichtung in der Gesellschaft geworden, alle Welt empfängt, von den Aristokratinnen empfangen bis zur Bürgerfrau, die den five o'clock sehr praktisch findet, denn er erleichtert ihre häuslichen Pflichten, und es macht in jedem Falle einen guten Eindruck, seinen „jour“ zu haben.

Das Neueste auf diesem gesellschaftlichen Gebiet sind die Tees mit Musikbegleitung in den fashionablen Restaurants und Hotels, eine Einführung, die man in Berlin den amerikanischen und englischen Großstädten nachgesehen hat. Auch in Paris haben sich diese öffentlichen Tees eingebürgert, die jeder besuchen kann, der über Zeit und Geld verfügt. Naturgemäß können sie nicht den exklusiven Charakter einer Privatgesellschaft tragen, aber man verzichtet schließlich darauf, denn ein eleganter Tee in einem vornehmen Hause hat unfehlbar auch seine Reize, die wiederum der Cercle im abgeschlossenen Rahmen nicht entgegenstellen hat. Für die Damenwelt besitzen die neuen, eigenartigen Tees die angenehme Eigenschaft, Gelegenheit zur Entloftung eleganter Toiletten zu bieten. Der arme Theaterhut, der bei uns so hiesmütterlich behandelt wird, feiert beim öffentlichen Tee seine Triumphe, denn hier ist er nicht nur geschützt, sondern so geringfügige Umstände trägt zur Beliebtheit dieser Gesellschaftsform bei. Freilich kommen Dichter und Künstler mit Gleichgesinnten zum Tee zusammen, um sich ihre Schöpfungen gegenseitig vorzutragen, man plauderte, musizierte, politisierte, lara,

man trug die Kosten der Unterhaltung selbst, eine Aufgabe, die der modernen ruhebedürftigen Menschheit schier unerfüllbar dünkt.

Leider hat diese Umwertung aller Werte manche gute, alte Sitte zum Verschwinden gebracht, der wir vergeblich nachtrauern. Wo sind sie geblieben, unsere literarischen Tees, die unsere Hauptstadt zu Anfang des vorigen Jahrhunderts auszeichneten? Wo sind sie geblieben, diese Tees, die in ureinfachen Milieus, bei Tee und Butterbrot, die Salons bildeten, von denen geistige Agitation ausging? Wohl gibt es in Berlin noch einige wenige literarische Zirkel, wohl haben wir noch tanzengehende Frauen, die mit Kamm und Bürste die Honnors in ihren Salons machen, aber sie haben sich verringert, und man hört nur noch wenig von den Tees, die unsere geistige Elite versammelt. Die moderne Kultur hat andere Verhältnisse geschaffen, die Großstadt Berlin ist zur Millionenstadt geworden, und wer es sich leisten kann, der wendet dem nördlichen Himmel den Rücken, um die strahlenden Herzen an den blauen Wogen des Mitteländischen Meeres zu fischen oder im Wintersport Berge zu suchen von dem Götze der Großstadt. Es ist ja schon beinahe nicht mehr modern, Januar und Februar sich nach in Berlin blicken zu lassen. Unsere Eisbahnen stehen im Zeichen der veränderten Verhältnisse. Die jüngste und reizvollere Jugend vergnügt sich auf dem fliegenden Stahlschuh, aber die elegante Welt, die ehemals die Boulevards zum großstädtischen Schenkwürdigkeit machte, tummelt sich nicht mehr auf den Spiegelnden Seen im Tiergarten. Man redet und läuft Ski im Gebirge, der Schlittschuh hingegen ist „unmodern“ geworden, man überläßt ihn der Jugend und all den Großstädtern, die aus verschiedenen Gründen keine Winterruhe antreten können.

Vor einigen Tagen hat eine interessante Hochzeit in Berlin stattgefunden, die den Abschluß einer deutsch-amerikanischen Ehe-

heirat darstellt, die sie als Millionärstochter aus Amerika dem Ausgewählten ihres Herzens durchaus nicht leer entgegenbrachte, denn Frau Heyl erbt von ihrer vor mehreren Jahren verstorbenen Mutter das angenehme Vermögen von 40 Millionen Mark. Die Summe dürfte etwas übertrieben nach oben abgerundet sein, aber schließlich die Hälfte oder auch nur ein Viertel dieses Betrags reichen bereits hin, um sich das Dasein nach Wunsch zu verschaffen. Frau Heyl kam, nachdem sie in den Besitz des Erbes gelangt, gegen ihren ersten Gatten auf Schwabach, und im Januar vorigen Jahres haben die Gerichte ihrem Erben zugesprochen, unterlag es jedoch der Millionärin, vor Abschluß des Jahres eine neue Ehe einzugehen. Die Dame hat zu warten verstanden, oder vielmehr der Bräutigam, und genau nach Ablauf des Termins konnte der glückliche Maler die Braut einführen.

Ein amerikanische Millionierin ist also wieder einmal im deutschen Hafen gelandet. In Philadelphia sind bereits die mächtigsten Volksteile in vollem Gange, die den beachtenswerten Besitzern allzuvieler Dollars Gelegenheit geben, sie auf möglichst bizarr Weise unter die Leute zu bringen. Mister James Paul, der in dieser Saison seine Tochter zum ersten Male in die Gesellschaft einführt, dürfte mit seinen Arrangements den Vogel abgeschossen haben. Daß die Volksteile in dunkler Paraden aus seltsamen Trümmern, Fieber und Wägen umgewandelt waren, bedeutet am Ende für die Millionärstochter in Amerika keine Emotion mehr, oder die Sache kommt noch besser. Diese blühenden Bäume waren durch die reichlichsten Schmetterlinge belebt, die man in Südamerika und Indien eingefangen und die man inmitten Ägypten und Weltstadt ihr Leben aushauchen mußten. Honey, soit qui mal y pense!

Prinz und Prinzessin Georg von Griechenland befinden sich momentan auf der Hochzeitsreise, während man heimlich die Gemächer für das junge Paar silberacht einrichtet. Der König und

Es hat darauf nicht an allerlei Bemerkungen gefehlt. So schreibt die „Liberale Korrespondenz“:

„Von irgend welchen Absichten von Mitgliedern der freisinnigen Vereinigung, aus der Fraktionsgemeinschaft auszuscheiden oder diese zu sprengen, ist uns nicht das geringste bekannt.“

Die „Voss. Ztg.“ bringt nun folgende interessante Enthüllungen:

Wir haben oben geschrieben, daß ein Mitglied der freisinnigen Vereinigung, das übrigens nicht Abgeordneter ist, nachdem die Fraktionsgemeinschaft sich einstimmig für die Unterzeichnung der Resolution entschieden hatte, die Sprengung des Blocks als seine Aufgabe bezeichnet, es nach Herr Wilow seine Erklärung über das Wahlrecht abgegeben hatte. Wir haben weiter auf Meinungsverschiedenheiten und Mißverständnisse hingewiesen, die seinen aufmerksamen Beobachter entgehen konnten. Mehrere ist auch die Auffassung, daß dieses oder jenes Mitglied der freisinnigen Vereinigung sich mit der Politik der Partei nicht einverstanden fühlte. Hat doch ein Abgeordneter dieser Gruppe Erklärungen darüber abgegeben, ob er, wenn er aus der freisinnigen Vereinigung aussteige, nicht gleichwohl im Einigungsausschuß bleiben könne, auch bei anderen Abgeordneten angefragt, ob sie nicht entschlossen seien, aus der Fraktionsgemeinschaft auszuscheiden. Möglich, daß die Antwort ausbleibt geblieben ist.

Es wird sich wohl um Politiker handeln, die längst reif sind für die Sozialdemokratie, wenn wir so sagen wollen, um Sozialdemokraten, wie sie jetzt wieder an der Peripherie der Freisinnigen auftauchen. Es wäre für den Freisinn sehr gut, wenn diese unangenehmen, konfuse Elemente abgetrennt würden oder von selbst gingen. Wir empfehlen es gestern schon. Diese reinliche Ausscheidung gewisser sozialliberaler Politiker würde das Zusammengehen der Volkspartei und der Vereinigung entschieden erleichtern, sie näher aneinanderbringen, ohne der freisinnigen Sache einen wesentlichen Schaden zuzufügen. Dann, wenn diese Politiker „im Namen des Gesamtliberalismus“, die keine passende und unpassende Gelegenheit vorübergehen lassen ohne den Versuch zu machen, bei der Sozialdemokratie unterzukriechen, isoliert worden sind, werden auch die freisinnigen Fraktionen sich leichter mit den Nationalliberalen verständigen. Nicht die Wähler der freisinnigen Vereinigung, der Parteiliche Sozialliberalismus war der Vater aller Hindernisse. Wir schätzen die Anhänger dieses Sozialliberalismus auf etwa 20 000—30 000 nominell mündiger Wahlberechtigten, zum großen Teil Literaten und politische Kesheten, jedenfalls ist es ein sehr geringer Bruchteil des Freisinn. Der Verlust wäre nicht nur zu verkraften, sondern sogar zu begrüßen. Wie sich die politische Welt und ihre Vorgänge in diesen dem Sozialismus völlig ergebenen Köpfen malt, dafür nur ein Beispiel. Herr v. Gerlach, der bei seinem Hinübertritt von der unpopulären Reaktion zur Linken eine zeitlang bei der freisinnigen Vereinigung angekommen war, unterscheidet sich jetzt von der Sozialdemokratie aus in der Tonart nicht mehr. Genau im Stile und Sinne des „Vorwärts“ schreibt er in seiner „Westfälischen Landeszeitung“ über die sozialdemokratischen Demonstrationen:

Die Ruhe und Ordnung in den Straßen wurde gestört durch die königlich preussische Polizei. Ganz abgesehen davon, daß die Polizei gar kein Recht hat, den Zug durch die Straßen für unerlaubt zu erklären, so fragen wir: Wem würde es denn schaden haben, wenn die Demonstranten vor das Schloß und das Reichstagsgebäude gezogen wären? Sie würden schmerzlich die beiden Gebäude umgerissen haben. Sie würden nachdrücklich vor dem einen Gebäude, wieder mit dem Dreifachschuß und vor dem andern „Nieder mit Wilow!“ rufen und damit ihre völlerberechtigten Empfindungen Ausdruck gegeben haben.“

Mit solchen Sentenzen werden verständige Politiker auch der entschiedensten liberalen Tonart keine Gemeinschaft haben wollen und können. Der Liberalismus ist eine freibewegliche Kulturpartei, aber kein kopinierendes Anhängel der Partei des proletarischen Klassenkampfes. Nach der Tafelbucher-Ausscheidung mit diesen Sozialliberalen wird sich vielleicht am ehesten eine Verständigung innerhalb der liberalen Parteien, wenn nicht über eine gemeinsame, so doch gleichlaufende Aktion in der preussischen Wahlrechtsfrage mit gleicher Zielsetzung und Zielbegrenzung ergreifen lassen. Eine so gedachte Aktion aber würde allein mit ganzer Macht auf den ernsthaften Widerstand der Konservativen brühen und auch Herrn Wilow geneigter machen, sich aus seiner gebückten Stellung gegenüber dem Altpreussentum aufzurichten.

Verderbliche Revolutionsromantik.

Das Organ des Buchdruckerverbandes nimmt zu dem sozialdemokratischen Streikstamoll in der Wahlrechtsfrage kurz, aber kennzeichnend Stellung, indem es schreibt:

Die Königin von Italien haben die Reuermächten, die in Rom Station machten, fastbald empfangen und nicht minder hübsch den Besuch im Hotel Bristol erwirbt, wo die griechischen Herrschaften abgehoben waren, Prinzessin Marie darf mit ihrer „Partie“ zufrieden sein.

Trübe Nachrichten kommen aus Rußland von der Zarin, die an einer verhängnisvollen Gemütsdepression leidet, die sie seit den aufgeregten Tagen der russischen Revolution befallen. Es verlautet, daß Kaiserin Alexandra sogar an den dreißigjährigen Völschlichkeiten nicht mehr teilnehmen können. Die Ärzte haben einen völligen Wechsel der Umgebung vorgeschlagen, aber die Zarin will sich von ihren Kindern nicht trennen, für die sie, und wohl nicht ganz mit Unrecht, ständig Morbanfälle fürchtet. Prinzessin Alix war stets zart, aber die Ereignisse aus Rußland, jüngster Vergangenheit, dessen Unruhen sogar das Familienleben des russischen Kaiserpaars beunruhigten, haben die Gesundheit der hohen Frau gänzlich erschüttert, die sich seit der Erhebung der Zarin, auf der sie mit ihrem Gatten und ihren Kindern eine Erholungsreise unternommen wollte, nicht mehr erholen kann.

Buntes Feuilleton.

Ein abgeleiteter Sozialkandidat wurde von der Berliner Kriminalpolizei festgenommen, der Musiklehrer Friedrich Bergmann, der am 1. April 1883 in Berlin geboren wurde und seit längerer Zeit in Halle wohnte. Er suchte in Berlin durch Zeitungsbearbeitung, in denen er sich für einen Bankrottanten ausgab, eine solide, wirtschaftliche und nicht ganz vermögenslose Frau, Sozialkandidatin, die alle diese Eigenschaften und noch einige dazu in sich vereinigten, gibt es genug, und es fehlte nicht an Bewerberinnen. B. suchte sich jedesmal eine aus, die über einige tausend Mark in Bargeld oder Papieren verfügte. Viele brauchte er dann, um sie bei einer großen Bank, in der er eine bessere Stellung antreten sollte, als Sicherheit zu hinterlegen.

„Wir vermögen in Streikdemonstrationen, wie schon vor zwei Jahren betont, nicht das Mittel zu erblicken, um das veraltete und realistische Dreiklassenwahlrecht zu beseitigen.“

Von dieser höflichen, jedoch recht bestimmten Abfertigung werden die zielbewußten „Genossen“ sehr wenig erbaut sein. Nach der Haltung, die das Buchdruckerorgan gegenüber den schäffischen Streikfunktgebungen eingenommen hat, kann sein Widerruf gegen „das Recht der Straße“ nicht überraschen. Am 30. Dezember 1905 warnte der „Korrespondent“ mit großem Nachdruck vor der „verderblichen Revolutionsromantik“, welche die deutsche Arbeiterschaft in die „verhängnisvollsten Situationen“ treiben müßte. „Streikdemonstrationen an sich“, führte das Blatt damals gegenüber der „Leipziger Volkszeitung“ u. a. aus, „sind eventuell ganz harmlose Erscheinungen. Aber wie gerade die „Leipz. Volkszeitung“ diese Demonstrationen aufzufassen und ausgestalten wissen will, müssen sie früher oder später zu einem blutigen Zusammenstoß mit den herrschenden Gewalten führen. Die Führer behalten hier auf die Dauer die Dinge nicht in der Hand.“ Im Anschluß hieran sagt der „Korrespondent“ eindringlich auseinander, wie schwer dadurch materielle Güter und ideale Erwerbsverhältnisse der Arbeiter gefährdet würden. Die Arbeiterschaft hat sich bei den sozialdemokratischen Führern dafür zu bedenken, wenn solche Warnungen in den Wind geschlagen werden.

Ueber die Unübersichtlichkeit der sozialdemokratischen organisierten Arbeiter

Hand der Deffektivität schon öfters Proben vorgelegt worden. Indessen auch auf diesem Gebiete ruht der Erfindungsgeist der Genossen nicht, das beweist ein Artikel, den wir in No. 2 des „Zertil-Arbeiter“ lesen. Da erwähnt sich ein Genosse aus Gera für die Einführung von Kontrollmarken als Erkennungszeichen der Zugehörigkeit der Textilarbeiter zum sozialdemokratischen Textilarbeiterverbande und als Mittel der Statistik zum Veranlassungsbefehl. Es soll durch die Kontrollmarken eine einwandfreie Versammlungssatzung aufgestellt werden, aus der zu ersehen ist, wie oft ein Mitglied Versammlungen, Vespredungen oder sonstige Zusammenkünfte besucht hat. Daneben haben aber die Kontrollmarken noch einen anderen Zweck. Sie sollen nämlich auch dazu dienen, neuangestellten Arbeitern, welche eine Kontrollmarke nicht vorzeigen können, jede Beihilfe von organisierten Kollegen oder Kolleginnen zu verweigern. „In der Beihilfe“, so bemerkt der Genosse, „ist man ja nicht verpflichtet.“ Dabei weiß er doch ganz genau, daß neuangestellte Arbeiter und Arbeiterinnen während der ersten Arbeitstage auf die Beihilfe der Arbeitsnachbarn angewiesen sind. Wie sehr nicht doch dieses Benehmen der deutschen Gewerkschaften von der von den englischen Gewerkschaften geübten Praxis ab. Es ist die Organisation der englischen Maschinenbauer, welche in ihr Statut den Passus aufgenommen hat: „Die Gewerkschaften empfehlen allen ihren Mitgliedern, sich nicht zu weigern, mit nichtorganisierten Arbeitern zusammen zu arbeiten.“ Dabei ist zu berücksichtigen, daß auch in den englischen Gewerkschaften bei weitem nicht alle Arbeiter organisiert sind.

Deutsches Reich.

(Ein Orden für Friedrich Raumann.) Unter den freisinnigen Abgeordneten, die beim heutigen Ordensfest dekoriert werden sollen, befindet sich, wie die „Nat. Lib. Korresp.“ hört, auch der Abgeordnete D. Raumann.

Badische Politik.

Mit dem reichsparteilichen Verein beschäftigt sich nochmals die „Bad. Landeszeitg.“:

Es ist bereits an dieser Stelle kurz darauf hingewiesen worden, daß der Freisinnige Verein — so gut gemeint seine Absichten sein mögen — einen nennenswerten Einfluß auf den Gang der Parteipolitik kaum gewinnen, dagegen immerhin einiges zur weiteren Verwirrung der Parteiverhältnisse beitragen kann. Die Unzufriedenheit vieler Männer von konservativer Einstellung mit der konservativen Partei ist ja begreiflich, weil eben diese Partei doch mit dem Zentrum im Grunde ist. Dagegen beweist durchaus nichts, daß das Zentrum früher die linksliberalen unterstützt hat. Heute stehen Konservativ und Ultrakonservativ nur zu eng zusammen. Und wenn die Freisinnigen Herren, die das neue reichsparteiliche Banner führen, mit der Wahlpolitik der Liberalen nicht einverstanden waren, dann hätten sie viel eher begehren sollen, ihrer Meinung im Rahmen der liberalen Partei Geltung zu verschaffen. Oder noch

Wenn der Schwindler das Mädchen so weit hatte, daß es das Geld herzugeben bereit war, so griff er zu dem alten Kniff mit den zwei gleichen Briefumschlägen. Nachdem er den einen mit Zeitungspapier gefüllt hatte, reichte er den anderen seiner Braut und ließ sie selbst die zu hinterlegenden Wertpapiere hineinstecken. Die Braut mußte auch selbst den Schach tragen. Kurz vor dem Bankrott, eine Zweigniederlassung in der neuen Königstraße, meinte der Bräutigam, es sei schließlich, daß er selbst die Papiere abgebe. Hatte ihm dann die Braut vertrauensvoll ihren Umschlag überreicht, so gab er alsbald dem Mädchen den Umschlag, den er rasch veranlaßt hatte, zurück, und ging „für einen Augenblick“ in den Wohnhof Alexander-Platz. Natürlich kam er nicht wieder. Die Braut wartete mühsam Stundenlang und ging dann voller Angst, daß dem Bräutigam ein Unglück zugefallen sei, nach Hause. Hier entdeckte sie erst, daß statt der Wertpapiere Zeitungsbandschnitte in dem Umschlag waren. Unterdessen hatte der Bräutigam die Papiere längst veräußert und mit dem nächsten Zuge die Rückreise nach Halle angetreten. Für eine Sprengung der erschwundenen Papiere kamen die Angehörigen der Mädchen nicht zu spät. Weil der Schwindler immer sofort wieder verschwand, so kam ihm auch die Kriminalpolizei sobald nicht auf die Spur. Erst dieser Tage nach langen Beobachtungen, gelang es einem Beamten, ihn in der Prinzessstraße in dem Zweiggeschäft einer hiesigen Zeitung, aus dem er Briefe abholen wollte, zu erwischen. Bergmann wurde leichenblass und sagte in die Ueberrückerte, bevor er aber seine Hand wieder herausziehen konnte, hielt der Beamte sie fest. Die Tafel hatte eine schädelkassende Browningpistole. Der Schwindler behauptet, er habe sich damit erschlagen wollen. Heute Vormittag sah mehr als eine Braut mit schmerzlichen Gefühlen den ehemaligen Bräutigam bei der Kriminalpolizei wieder. Bergmann wollte den Betrogenen noch froh die Hand reichen. Seit August v. J. hat der Schwindler in Berlin nachweislich 10 000 Mark erbeutet, in einem Halle auch einem Mädchen 700 Mark gestohlen.

besser: sie hätten einsehen und diese Einseitigkeit in ihren Kreisen weiter verbreiten sollen, daß die Liberalen lediglich für einige Wahlkreise ein Wahlrechtliches Bündnis geschlossen haben, das sie für die Zukunft durchaus zu nichts verpflichtet.

Aus Stadt und Land.

Mannheim, 18. Januar 1906.

* Einmütig angestellt wurden die Hauptamtsgehilfen Eduard Miesle in Basel und David Sauter bei der Polizeidirektion als Hauptamtsassistenten.

* Dem Schiedsgericht für Arbeiter-Verficherung in Mannheim wurde Herr Regierungsrat Wilhelm Pfisterer als Hilfsarbeiter beigegeben.

* Die technischen Angelegenheiten in der Volkswirtschaft und ihre heutigen Standesfragen lauten das Thema eines öffentlichen Vortrages, welchen Herr Dr. Bäcker-Berlin am kommenden Montag, den 20. Jan., abends 8½ Uhr, auf Veranlassung des „Technischen Vereins Mannheim“, Vereinigung des über 35 000 Mitglieder zählenden Deutschen Techniker-Verbandes, im Gelsballe des Apollotheaters halten wird. Wir versehen nicht, die technischen Berufsstände und sonstigen Interessenten auf diese Versammlung hinzuweisen. Näheres ist aus der Ankündigung im Inzeratenteil zu ersehen.

* Die Entwicklung der deutschen Seereisen seit Reichsgründung war das Thema des gestrigen Vortragsabends des Alldeutschen Verbandes, Ortsgruppe Mannheim-Ludwigshafen, im „Bühnenhof“. Als Redner machte der bekannte Kartograph des P. Tschöke Verlags, Herr Dr. Vangerhans-Göhr, in einständigen sicheren und gewandten Vortrags eine folgende Ausführungen: Anschließend an den kurzen Nachruf des am letzten Sonntag verstorbenen alldeutschen Führers Professor Hoffe, den der Vorsitzende, Herr Müßig, zu Beginn dieses gewinnvollsten, belehrten er den großen Verlust für die alldeutsche Sache durch das Scheitern dieses begabten und weithinbekannten, leitenden Gelehrten, der eine großzügige, umfassende Auffassung des deutschen Kolonialgedankens vertrat im Gegensatz zu der heutigen Zersplitterung in Schul-, Kolonial-, Pflanzungs- und Seebelagungs- usw. Vereinen und Gesellschaften. Nach dem Abschluß unserer politischen Einigungsentwicklung 1870/71 stehen wir heute noch mitten in Entwicklungen wirtschaftlicher Art, die so auch zum heutigen Kolonialgedanken in natürlicher Folge geführt haben, begründet durch die gewaltige Entwicklung unserer Seereisen. Die Seereise setzte nicht sofort nach der Reichsgründung ein, sondern erst nach dem Abschluß des inneren Ausbaues etwa zu Ende des Jahrhunderts. Die germanischen Völker, besonders die an den Reichsgrenzen, sind unsere besten Handelsabnehmer und mit Recht wurde daher der Gedanke betont und verwirklicht, auch die außerhalb des deutschen Reiches lebenden Deutschen in ihrer vielfach bedrohten deutschen Art und Macht zu stützen und erhalten. Die Vereinigten Staaten sind mit ihren rund 10 Mill. deutschstämmigen Bürgern immer noch unser unverlässiger, bester Abnehmer unserer Ausfuhr zur See. Unsere Seereisen umfassen nicht nur unsere Handelsflotte, sondern auch das im Ausland angelegte Kapital an Menschen wie Geld. Die beliebte „Politik der offenen Türen“ werde schließlich den starken Rücken einmal nicht mehr halten. Schon aus Sorge wegen des einmal drohenden Handelskrieges auf dem Weltmarkt müssen wir an die Schaffung eines national geschützten Wirtschaftsbereiches im Ausland denken. Nach den alldeutschen Anschauungen, wonach die Staatsgrenzen sich mit Aenderungen der Weltstellung eines Staates notwendig ändern müssen, liegt unter neuen Ziel der politischen Entwicklung in der Aufrichtung eines größeren deutschen Reiches durch den Schatz der deutschen Seereisen von Reichs wegen. Ueber das Anwachsen unserer Seereisen seien aus der Statistik einige einwandfreie Zahlen angeführt. Deutschlands Außenhandel hat sich seit 1872 um 60 Prozent vermehrt, der Weltmarkt nur um 25 Prozent, der Wert der deutschen Ausfuhr von 7,3 Millionen 1894 auf 13,3 Millionen 1904. Dabei betrug der Anteil des Seehandels 1894 60 Prozent, 1904 schon 70 Prozent, dessen Wert jedoch 4,9 bzw. 8, Millionen (der Anteil des Seehandels betrug 1894 33 Prozent und 1904 35 Prozent). Die deutsche Handelsflotte wuchs 1871—98 um 600 000 Registertonnen, von 1898—1905 um 800 000 Tonnen, die Dampferzahl von 147 auf 1657, was eine Steigerung der Leistungsfähigkeit um 256 Prozent bedeutet. Heute bauen und legen wir eigene Seebahnen selbst und besitzen schon über 30 000 Kilometer davon, was von größter wirtschaftlicher und politischer Bedeutung ist. Ein großes Seereichengeld bildet die aufstrebende deutsche Hochseefischerei, die jetzt erst ein Drittel des Rucksackbedarfs zu decken vermag. Weiter handelt es sich um Schutz unserer ausländischen Vermögenswerte. Unsere industrielle Entwicklung bringt uns immer stärker hinaus auf den Weltmarkt, wo wir uns wachsenden Anteil am Weltmarkt erringen. Solche Verhältnisse zeigen z. B. die Zahlen des Hamburger Handelsverkehrs mit England im Laufe einiger Jahrzehnte. Hierbei nimmt unser Volk die Wege zu einem größeren Deutschland im Sinne Kaiser Wilhelms zu weichen und es zu einer bewußten Höhe der wirtschaftlichen Auffassung wie beim englischen Volk zu erheben, bilde die Aufgabe des alldeutschen, von Protektion unbehinderten Volkswirtschaft, dessen Zielgedanken von den führenden Geistern Deutschlands je und je ausgesprochen worden sind. Mit herzlichen Worten dankte der Vorsitzende dem Redner, dessen Monatschrift „Deutsche Erde“ er als wirksamen Verkünder seiner alldeutschen Ideen schätzte und forderte zum Anschluß an die hiesige alldeutsche Ortsgruppe auf.

* Das Apollotheater bietet für die zweite Hälfte des Monats Januar wieder ein gemischtes Programm, für das der schone Saal mit seiner intimen Wirkung einen bei weitem besseren Rahmen abgibt, als das Saaltheater, das nun einmal die traditionelle Pflanzstätte der Varieteeunst ist und wohl auch für die Zukunft bleiben wird. Das ausgezeichnete Verisch. Ensemble bringt vorläufig noch die beiden amüsanten Einakter „Rats im Untertan“ und „Soll und Haben“, von denen das erste Stück in den nächsten Tagen durch ein jugendlicheres abgelöst werden soll, zur Aufführung. Wir haben bereits festgestellt, daß man sich über den originellen Hauptdarsteller, der die Umstände des Ensembles veranlaßt hat, Herrn Edmund Verisch, namentlich in „Soll und Haben“ kranke lachen muß. Von dem Augenblick an, in dem er das Bureau seines späteren Schwiegervaters hereinholte, bis zu dem Moment, in dem er entsetzt den Jock seiner Kaskadisten, an den er sich im Rollen in seiner durch die große Kurzsichtigkeit bedingten Unbeholfenheit anklammert, in den Händen hält, bietet der Künstler durch seine Rasse, viel mehr aber noch durch sein Spiel Stoff zum Lachen in überreicher Fülle. Eine so gelungene Figur ist wohl noch selten auf die Bühne gestellt worden. Am nächsten kommt dem Künstler Herr Wilhelm Knaack als Jakob Spennschlein, eine Rolle, die ihm geradezu auf den Leib geschrieben ist. Die Attraktion des bunten Teiles, der von den beiden Einaktern in die Mitte genommen ist, wird durch Lilly Kowala in ihrer Szene „Der mysteriöse Hut“ verkörpert. Das ist doch

wieder einmal eine Nummer, die man im besten Sinne des Wortes als originell bezeichnen darf. Hat das titl. Publikum von Mannheim und Umgebung vielleicht schon einmal gehört, daß eine Soufrette existiert, die die gesamte Garderobe, die Unterleider, die Hosen, die Strümpfe, die Schuhe, ja sogar den Sonnenschirm, auf dem mächtigen Feder- und Blumenbunde mit sich führt. Man ist ganz verblüfft, wenn man sieht, wie die kleine Künstlerin, die im tiefsten Regels auf der Bühne erscheint, die einzelnen Garderobenstücke zwischen der Garnierung des Sutes herporholt und Toilette macht. Betont sei, daß die Künstlerin, die die überwältigende Stimme und lebendigen Vortrag vergebende Künstlerin geistig erläutern, durchaus bezeugt wirkt. Die reizende Tanzsoubrette Emma Dornell entzückt vor allem durch ihre äußere Erscheinung. Aber auch ihre Tanzkunst steht auf einer ganz hervorragenden Höhe. Herr Wilhelm Knack, dessen hervorragende schauspielerische Eigenschaften wir bereits würdigten, tritt im bunten Teil als Charakterkomiker auf und erweist sich auch in diesem Genre als eine erstklassige Kraft. Weiter ist noch zu erwähnen das Olympia-Ballett, das mit seinem Rhythmus bei Weitem besser als jeher absteht, und der Konfessionier, Herr Sigwart Gruber, der als Tanz-Humorist wieder brillant ist. Das Elogium seiner Band wird ihm stets dankbar Applaus eintragen.

* Kaiserpanorama B 1, 7a. Von morgen Sonntag ab führt uns das Kaiserpanorama mit der prachtvollen Serie „Winterreise in den österreichischen Alpen“ noch gar vielen bekannten Orten. St. Anton, auf der Alpe, Dornbach, Innsbruck, St. Johann, Zell am See, Villenfeld etc. repräsentieren sich uns in schönsten Winterkleide. In den meisten Aufnahmen sind gelungene Sportscenen festgehalten. Der Jokus ist neu und zum ersten Male hier aufgeführt. Die Indianer-Reise ist noch heute Sonntag ab beschäftigt.

* Zahlungskündigung. Ueber das Vermögen des Hingangs-Gändlers Heinrich Bärenberger, P. 3, 8, wurde das Konkursverfahren eröffnet. Zum Konkursverwalter wurde Rechtsanwalt Dr. G. Sch. ernannt. Forderungstermin: 6. Febr.; Zahlungsfrist: 15. Februar.

Theater, Kunst und Wissenschaft.

Vom Theater. Die Intendanz hat nun auch des Dänen-Gustav Wed einseitige Komödie „Eine Abrechnung“ zur Aufführung angenommen. Gustav von Weder's immer noch reizvolles Lustspiel „Krieg im Frieden“ soll am 17. Februar, vermutlich um einem jugendlichen Publikum Gelegenheit zum Auftreten zu geben, wieder einmal in Szene gehen. In den Tagen vom 18. bis 23. Februar ist eine Gesamtaufführung des „Ring des Nibelungen“ geplant.

In der bevorstehenden Ausstellung des Kunstvereins sind neu aufgestellt: Kollektion von Prof. v. Eschwege-Weimar, 2 Portraits von Hans Erdt, München, 2 Gemälde von C. Harbers-Stadstraße und sonstige verschiedene.

Badischer Landtag.

(Von unserem Karlsruher Bureau.)

2. Kammer. — 13. Sitzung.

Karlsruhe, 18. Jan.

Präsident Ehrenbach eröffnet 9 Uhr 15 Min. die Sitzung.

Am Regierungstisch: Ministerpräsident Freiherr v. B. o. d. man und Regierungskommissionäre.

Eingelassen sind die Petitionen: 1. der pensionierten Beamten der Gehaltsklassen C, D, E und F des badischen Beamtengehalts um Erhöhung ihrer Pensionsbeträge; 2. der Gemeinde Venzel und Nachbargemeinden um Fortführung der Eisenbahn nach St. Blasien, (übergeben v. Abg. Duffner); 3. des Otto Kopp-Fundations um Rechtshilfe; 4. des Karl Friedrich Knoll in Niederröden um Rechtshilfe; 5. der Gemeinden Evang. u. Kath. Tennenbrunn um ein Postfuhrwerk, übergeben v. Abg. Meyer-Kahr.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die Beratung des mündlichen Berichts der Budgetkommission über die Anforderung unter Titel VII B. § 1 im Budget des Ministeriums des Innern (Errichtung einer Feil- und Pilegantial bei Wiesloch. 1. Teilforderung von 1875 000 M.). Den Bericht erstattet Abg. Dr. S. o. f. (Str.). Die Position wird ohne Debatte angenommen — Es folgt die Beratung des mündlichen Berichts der Budgetkommission über die Anforderung unter Titel XVII B. § 17 und die gegenüberstehende Einnahme unter Titel VIII B. § 1, 0, 7, 15 (Verbesserung derer Landstraße Nr. 34 zwischen Wolfach u. Hippoldau. 2. Teilforderung von 28 500 M.). Den Bericht erstattet Abg. S. o. f. (Str.). Die Position wird ohne Debatte genehmigt. Weiter folgt die Beratung des mündlichen Berichts der Budgetkommission über die Anforderung unter Titel XI B. § 11, 0, 7, 12 (Errichtung eines Landesbades in Dürheim M. 20 000) und die betr. Einnahme. Den Bericht erstattet Abg. K. o. f. (Str.). Die Position wird ohne Debatte genehmigt.

Es wird nunmehr die allgemeine Debatte über das Justizbudget

fortgesetzt.

Am Regierungstisch nahmen Staatsminister Freiherr v. D. u. f. und die Regierungskommissionäre des Justizministeriums Platz.

Abg. Gierich (Kon.):

belegt die hohen Kosten des Grundbuchwesens und wünscht eine Beschleunigung des Vollstreckungswesens. Mit der Erweiterung der Kompetenz der Amtsgerichte ist Redner einverstanden; die Summe von 800 M. hält er nicht für zu hoch gegriffen. Sobald sich der Geschäftskreis der Amtsgerichte erweitern würde, wäre auch die Niederlassung eines Anwaltes an allen Amtsgerichten möglich. Freilich müßte dieser auch am Landgericht zugelassen werden. Den Klagen über das Agentenwesen könne er nicht in allen Stücken zustimmen.

Abg. Dr. Oßinger (natl.):

Bisher hatte ich immer die Auffassung, daß sich der Fall H. u. f. für die Erörterung in diesem Hause nicht eignet. (Sehr richtig im Zentrum.) Auch die Rede des Abg. Fröhlich hat meine Meinung in dieser Hinsicht nicht ändern können. Der Abg. Fröhlich hat selbst angegeben, daß es sich hier um Einzelvorfälle handelt; solche eignen sich aber nicht zur Erörterung in diesem Hause. Der Fall H. u. f. ist rechtskräftig abgeschlossen; ein Verbrecher ist seiner wohlverdienten Strafe entgegengeführt worden. Es gibt einen prozeduralen Weg, die Schuldfrage noch einmal aufzurollen. Wir wollen abwarten, ob dies geschieht und mit welchem Erfolg. Der Abg. Fröhlich hat sich des Falles H. u. f. in absoluter Vereingewissenheit und Einseitigkeit angenommen. (Zurufe: Sehr richtig!) Es ist außerordentlich bedauerlich, daß der Verteidiger H. u. f. in

diesem Hause einen Verteidiger gefunden hat. (Zurufe: Sehr richtig!) Abg. V. e. n. e. d. e. h. ruft: Er sollte aber auch nicht angegriffen werden. Im Fall H. u. f. ist seitens der Verteidigung die Presse in einer Weise in Anspruch genommen worden, die bisher im badischen Lande einzig dasteht. (Zustimmung.) Es hat den Anschein, als ob planmäßig die Verteidigung die Presse dazu benutzte, um durch die öffentliche Meinung auf das Richterkollegium einzuwirken. (Zurufe: Sehr richtig.) Wenn das Publikum nervös geworden ist, so ist das wohl gerade auf die Behandlung des Falles H. u. f. durch die Presse zurückzuführen.

Wäre der Fall H. u. f. hier nicht erörtert worden, wäre ich selbstverständlich nicht auf diesen eingegangen. Mir lag an der Erörterung anderer Dinge; zunächst will ich auf die Affessorenverordnung eingehen. Wir leiden jetzt an einem Ueberfluß von tüchtigen Kräften; dieser Mangel trifft mehr die jungen Juristen als die Justizverwaltung. Die jungen Juristen haben sich aber der großen Konkurrenz mit lebenden Augen ausgesetzt. Ein Unrecht geschieht aber denen, die nach bestandener Prüfung keine Aufnahme in den Staatsdienst finden. Bisher hatten sie wohl auch keinen Anspruch auf Anstellung, allein von dem Rechte der Zurückweisung wurde bisher kein Gebrauch gemacht. Den Gründen, die hier gegen die Affessorenverordnung vorgebracht worden sind, kann ich mich durchaus anschließen. Es sind diese Gründe in trefflicher Weise vom Geh. Hofrat Kohn zusammengestellt worden. Nach der heutigen Maßnahme besteht die Gefahr, daß die schwächeren Naturen in Streiterei verfallen, um ein günstiges Zeugnis ihrer Vorgesetzten zu erhalten, das ihnen dann bei der Auswahl der Juristen für den Staatsdienst nützlich ist. Die jungen Juristen sind heute darauf hingewiesen, mit einer möglichst guten Note zu bestehen; es wird darum heute in ganz bedenklicher Weise das Hilfsmittel des Einpaukens benötigt. Damit ist eine besagende Erleichterung herbeigeführt, daß heute die Prüfungsnote entscheidend ist für die ganze fernere Laufbahn des betreffenden Juristen. Das Einpauken ist ein sehr leeres Hilfsmittel, weshalb es wiederum ein Privilegium der Bemittelten ist. Die Feststellung des Prüfungsergebnisses gibt ja Gewähr einer völligen Objektivität; allein die vielen Zufälligkeiten bei der Vornahme solcher Auswahl sind nicht zu vermeiden. Die Verdrehung der Juristen in der Praxis sollte neben der Prüfung vor allem ausschlaggebend sein. Ein wichtiges Moment ist auch die Charakterbildung der Juristen, diese kann aber eine Prüfung nicht ausweisen. Ist die Prüfung abgelegt, die die Affessorenverordnung vorseht, so besteht noch eine Ungleichheit in der Beförderung der Juristen, welche die Prüfung bestanden haben. Die mit guter und vorzüglicher Note werden über die anderen Juristen hinaus bevorzugt; es ist nicht einzusehen, warum zwischen der Note „gut“ und „hinlänglich“ kein weiterer Unterschied gemacht wird. Mit dieser Praxis sollte gebrochen werden; es sollte die Note „ziemlich gut“ noch eingeführt werden. Das Damoklesschwert der Affessorenverordnung schwebt aber auch noch über denen, welche nach der zweiten Prüfung im Dienste bleiben worden sind. Die Gerichtsassessoren leiden unter dem Druck, daß sie doch noch zurückgewiesen werden. Sie brauchen nur mit dem Bescheid in Differenz zu kommen, um zurückgewiesen zu werden. Solche Fälle sind bereits mehrfach vorgekommen. Die Rückwirkung des Bescheides, der in der Affessorenverordnung zum Ausdruck kommt, hätte man nicht soweit treiben sollen, daß er auch auf solche Beamte Anwendung findet, die sich nach bestandener Prüfung schon mehrere Jahre im Staatsdienst befunden haben. Es ist auch hervorgehoben worden, daß durch die verschiedenen Titulaturen diejenigen Juristen, die zurückgewiesen worden sind, gebrandmarkt werden. Die Gemeindeverwaltungen, die Konten, großindustrielle Betriebe usw. werden sich hüten, solche Assessoren anzustellen; sie greifen auf die besten Elemente und die haben ein Recht darauf, weil sie das Meiste bezahlt. Aber auch die Anwälte werden bei der Aufnahme junger Juristen eine sorgfältige Auswahl treffen, da auch sie besser bezahlt. Ich sehe nicht ein, warum man für die Assessoren drei verschiedene Titel einführt; man hätte es schließlich bei dem früheren Titel „Referendar“ belassen sollen. Ich bin der Meinung, man sollte denjenigen, die die Prüfung bestanden haben, eine Zeit zur „Verwahrung“ geben. Natürlich muß den betr. Juristen eröffnet werden, daß diese Verwahrungszeit auf ihr anschließendes Amt geht. In der Affessorenverordnung ist noch weiter in § 17 Abs. 4 die Bestimmung enthalten, daß denjenigen, die die Affessorenprüfung bestanden haben, der Titel „Assessor“ entzogen werden kann, wenn sie sich eines unwürdigen Verhaltens schuldig gemacht haben. Diese Bestimmung ist recht bedenklich; die Justizverwaltung tut doch hier weiter nichts, als dem betreffenden Juristen das Zeugnis eines gewissen Maßes erlangter Kenntnisse ausstellen. Unter „unwürdigem Verhalten“ könnte sehr leicht einmal etwas ganz nichts Unwürdiges verstanden werden.

Der Redner gibt sodann seiner Meinung über den neuen Erlaß der Justizverwaltung über das Behandlungswesen Ausdruck. Die Anforderung eines Polizeihauptmannes für Mannheim hat in der Budgetkommission Beachtung gefunden. Es wird darauf ankommen, wie dessen Stellung zur Schupmannschaft und zur Kriminalpolizei beschaffen ist. Diesen Vorgesetztenverhältnis zur Kriminalpolizei muß ein ganz außerordentliches sein; der wirkliche Vorgesetzte muß sein und bleiben der Staatsanwalt. Es ist hier darüber gesagt worden, daß bei Straftatverbrechen in der Vernehmung der Kinder ungewöhnlich verfahren würde, indem man diese in die Hände der untergeordneten Organe lege und daß man auch in der Genesungsverwaltung nicht genügend Rücksicht auf diese Kinder nehme. Ich habe aber die Erfahrung gemacht, daß die Gerichte alle Rücksicht auf diese Kinder nehmen; richtig ist allerdings, daß zu oft Schulpflicht und Genesung mit der ersten Vernehmung der Kinder bestraft werden. Es sollten diese Organe überhaupt ausgeschlossen werden; die Vernehmung dürfte nur durch juristische Beamte vorgenommen werden, schon damit die Wahrheit besser ermittelt wird, die bei Kindern besonders schwer zu ermitteln ist. Der Abg. Kohn hat von Massenjustiz gesprochen, wenn es sich um Strafberechtigungen handelt. Die Artikel der badischen Justiz sind hier auf jeden Fall einzuwenden. Wenn der Abg. Kohn bei Erörterung des Falles Friedberg erklärt, die Sozialdemokratie werde allein mit den Anarchisten kollidieren, so haben politische Zwecke bei diesem Verfahren überhaupt nicht mitspielt. Im Gegensatz habe der Gegenstandsdirektor nur den Anarchisten vor sich gesehen (Wachen der Sozialdemokratie); ein Vorwurf kann also nicht erhoben werden. Die Photographierung des betr. Herrn, die ja be-

sonderlichweise vorgenommen, ist ja vom Ministerium des Innern reifiziert worden; die Photographien sind vernichtet worden. Bezüglich der Schupmannschaft kann ich dem Justizminister für die Art der Behandlung dieser Angelegenheit nur Dank wissen. Wenn der Abg. Kohn meint, daß hierbei nicht herausgefunden ist, so ist sehr wohl etwas herausgefunden. Es ist festgestellt worden, daß eine Majestätsbeleidigung vorliegt und deswegen sind die Platten und Nummern des „Schupmanns“ vernichtet worden. Die Aushörung des Abg. Kohn von dem „jugendliberalen Staatsanwalt“ Jungmann war durchaus deplaziert. Der Staatsanwalt Jungmann hat hier als ein Mann von Pflicht gehandelt und ohne Rücksicht auf seine politische Überzeugung.

Die Kritik an der badischen Justizverwaltung ist eine sehr durchweg günstige gewesen. Für die badische Justiz möge auch in Zukunft die Thema, ob mit verbundenen Augen oder ohne Binde, das Wahrzeichen einer wahrheitsliebenden, allen Verhältnissen nach Möglichkeit Rechnung tragenden Rechtspflege sein. (Beifall bei den National Liberalen.)

Ministerialdirektor Dr. Schäff:

Seitens des Abg. Schmidt-Breiten ist eine Bemerkung gefallen, die nicht ohne Zurückweisung in die Öffentlichkeit hinausgehen soll. Er hat gesagt, daß die Untersuchungsbehörden dazu benützt wird, um ein Zeugnis zu erpressen. Das ist ein solch' ungeheurer Vorwurf, daß er mit aller Entschiedenheit zurückgewiesen werden muß. Der Ministerialdirektor geht sofort auf eine Reihe von Wünschen und Anfragen der Abgeordneten ein. Bei der jetzigen bedingten Begnadigung ergibt keine Entscheidung, ohne daß nicht das erkennende Gericht vorher gehört worden ist. Die Gefahr einer Mobilität liegt bei unseren Verhältnissen wohl recht fern. Nicht anzunehmen ist es freilich, Leute, die ihre Strafe abgelehnt haben, wieder in den Staatsdienst aufzunehmen, wenn dadurch andere Beamte beeinträchtigt werden.

Der Abg. Fröhlich ist dann auch auf den Fall H. u. f. zu sprechen gekommen. Der Fall H. u. f. hat die Öffentlichkeit des Innern und Auslandes in einer Weise beschäftigt, die der Mann nicht verdient, der dem Falle den Namen gegeben hat. H. u. f. ist weder ein psychisches, noch ein physiologisches Problem. H. u. f. ist ein von rücksichtsloser Ghabst und maßloser Genußsucht zum Verbrechen getriebener Mensch. (Zurufe: Sehr richtig!) Man hat sich in der Öffentlichkeit bedauerlicherweise nicht geteilt, die Männer, welche über H. u. f. zu Gericht saßen, als unfähig zu erklären, diesen schwierigen Fall zu entscheiden.

Zur Affessorenverordnung habe ich nur ungern meine Zustimmung gegeben, allein ich habe mich von den Gründen, die zu dieser Verordnung führten, völlig überzeugen lassen. Irgeendwelche Mittel, wie wir dem drängenden Jubel der Juristenlaufbahn steuern sollen, ist in diesem Sinne nicht angegeben worden. Es ist wohl kein wissenschaftlicher Beruf, in dem sich mehr Unersetzte drängen als der juristische. Es sind viele Studenten, welche zu anderen Studien keinen Platz finden, welche sich dem juristischen Studium zuwenden, auch wohl, weil dieses das unkontrollierbarste ist. Daher kommt es, daß solche ungenügende Prüfungsergebnisse zu konstatieren sind. Die Zahl der Praktikanten und Assessoren ist stetig gewachsen. Im Jahre 1907 waren 326 Rechtspraktikanten vorhanden; Ende 1907 bestanden sich 232 Assessoren im Staatsdienst; wovon 157 auf die Justiz und 75 auf die Verwaltung entfielen. Wir haben einen jährlichen Bedarf für Justiz und Verwaltung von 27 Assessoren, während sich 70 bis 71 Assessoren ansammeln. Das ist mehr als die doppelte Zahl, die wir brauchen. Demgegenüber müßten wir zu irgend einer Maßnahme greifen, die keineswegs deshalb getroffen ist, um durch sie die reichen Leute zu bevorzugen. Die überwiegende Anzahl der angestellten Kandidaten sind aus Armen Ständen hervorgegangen. Ein solcher Vorwurf ist also durchaus unberechtigt. Die Folgen der Ueberfüllung haben wir bereits ausführlich dargelegt. Wir sind nicht in der Lage, die besseren Juristen bei der derzeitigen Situation rechtzeitig anzustellen. Die Note „hinlänglich“, die aus dem Abg. Schirmer beanstandet wurde, besteht nicht mehr; es wird zukünftig nur bestätigt, daß der Kandidat die Prüfung bestanden hat; nur bei „vorzüglich“ oder „guten“ Leistungen wird ein entsprechender Vermerk gemacht. Ich möchte dahin gestellt sein lassen, ob es humaner ist, die jungen Juristen weiter zu lassen und sie dann doch nicht anzustellen, oder ob man sie gleich über ihr Schicksal verurteilt. Durchaus unberechtigt ist es anzunehmen, daß die Auswahl der Kandidaten nach willkürlichen Gesichtspunkten vorgenommen werden könnte. Man hat auch die Vorteile der vorgelegten Beobachten über die jungen Juristen beanstandet; allein wie soll sich die Justizverwaltung über die Vorbildung der Assessoren sonst vernehmen? Das glaube ich nicht, daß sich die vorerwähnten Beobachten allgemein durch Beobachtungen der jungen Praktikanten bekräftigen lassen. Vereinzelt mag das vorkommen, allgemein findet nicht. Selbstredend hat es der Verwaltung völlig fern gelegen, durch die Bestimmung des numerus clausus einmal die Möglichkeit in die Hand zu bekommen, die Auswahl nach volitionalen Gesichtspunkten zu treffen. Noch wichtiger die Prüfungen zu gestalten, ist unmöglich; schon heute wird ganz außerordentliches von den Prüflingen verlangt. Man hat auch davon geredet, schon bei der Praktikantenprüfung die Scheitlung vorzunehmen; das ist schon deshalb nicht möglich, weil dann die jungen Leute keine abgeschlossene Ausbildung haben, man würde dann auch den Zugang zur Anwaltschaft verstopfen. Wir haben früher genaugen zu warnt, wir haben in den Zeitungen, ja selbst in den Schulen gewarnt, ohne daß dies einen Nutzen hatte. Es ist auch nicht richtig, daß durch die Affessorenverordnung der Zugang zur Anwaltschaft qualitativ verschlechtert wird; dann aber besteht für den Anwaltstand die Verpflichtung, die ungenügenden Elemente auf jeden Fall zu übernehmen. Das liegt wohl nicht im öffentlichen Interesse. Eine Härte liegt freilich in dem Fehlen von Uebergangsbestimmungen; allein wir müßten sofort der Ueberfüllung entgegenreten. Wir werden aber in der Ueberfüllung die Bestimmungen so schonend als möglich behandeln. Der ganze Vorwurf gegen die Affessorenverordnung geht wohl auf die Bestimmung des Geh. Hofrats Kohn in der Deutschen Juristenzeitung zurück. Der preussische Justizminister hat im Jahre 1906 einen Gegenentwurf im Landtag eingebracht; der genau ebenso den numerus clausus festsetzte. In Preußen können die Bestimmungen über die Vorbildung der Juristen nicht auf dem Verordnungsweg erfolgen. Das Abgeordnetenhaus hat den Gegenentwurf nur mit einer kleinen Mehrheit abgelehnt; das Herrenhaus aber nahm das Gesetz nicht an. Ob die Titulaturen so erhalten bleiben sollen, wie sie jetzt bestehen, oder nicht, das ersieht man aus einer minderwertigen Sache zu sein. Darüber könnten wir sehr wohl Erwägungen eintreten lassen. Durch die Aufnahme der ganzen Verordnung wäre nichts erreicht; die alten lehrerlichen Zustände wären wieder vorhanden. Wir werden jedenfalls nicht den Vorwurf, daß wir ins Blaue hinein verordnet hätten. Das Einpauken der jungen Juristen können wir nicht verhindern; die Charakterbildung, das ist richtig, können wir durch die Prüfung nicht erproben. Wir sind fähig, in dem verheerenden, jüdischen Affessoren gründet sich worden sind in minderwertige Stellungen, nicht bekannt; es kann sich hier nur um minder qualifizierte Leute handeln. Das schließlich § 17 Abs. 4

Thalia-Theater, P 7, 1

Von heute **Samstag** ab:

Neues sensationelles Programm.

Gr. Hof- u. National-Theater Mannheim.

Sonntag, den 19. Januar 1908.

Bei aufgehobenem Abonnement (Vorrecht D.)

Gastspiel des Königl. Bayerischen Kammerängers
Fritz Feinhals vom Hoftheater zu München

Die Meisterfinger v. Nürnberg

von Richard Wagner.

Regie: Der Intendant.

Dirigent: Hermann Ruysschbach.

Personen:

Hans Sachs, Schuster, Wilhelm Fenten.
 Zeit Vogner, Goldschmied, Hans Gohorn.
 Kunz Bockelmann, Kürschner, Felix Wranke.
 Konrad Nachtigall, Spengler, Hugo Bohn.
 Elias Beckmesser, Stadtschreiber, Joachim Kremer.
 Arig Rothner, Bäcker, Fritz Müller.
 Ballhofar Horn, Hingeleier, Adolf Peters.
 Ulrich Eislmaier, Bürstträger, Hugo Schödl.
 Augustin Meier, Schneider, William Hammar.
 Hermann Dietel, Seifenmacher, Hermann Trembach.
 Hans Schwarz, Strumpfmacher, Gotthardt Decker.
 Hans Fels, Kupferschmied.
 Walther von Stolzing, ein Ritter aus Franken.
 David, Sachsens Lehrbube, Alfred Sieber.
 Eva, Vogner's Tochter, Egon von Happe.
 Magdalena, in Vogner's Diensten, Betty Koller.
 Ein Nachtwächter, Karl Böller.
 Hans Sachs, Fritz Feinhals.
 Walther von Stolzing, Max Korte-ter-Heer u. a.
 Bürger und Frauen aller Gänge, Gefellen, Lehrbuben, Mädchen, Volk.
 Das Stück spielt in Nürnberg, um die Mitte des 16. Jahrhunderts.

Die Worte der Feinhals sind durch Mitglieder des „Musikvereins“ ersetzt worden. — Musikalische Leitung auf der Bühne: Max Beller, Erwin Fuchs.
 Orchester: Musikdirektor Albrecht Händel.

Kasseneröffnung: 4 1/2 Uhr. Anfang: 5 Uhr. Ende vor 10 1/2 Uhr.
 Erhöhte Eintrittspreise.

Neues Theater im Rosengarten.

Sonntag, 19. Januar 1908.

Fräulein Jolette — meine Frau.

Lustspiel in vier Akten von Paul Gavault und Robert Charrey.
 Deutsch von Max Schoenau. In Szene gesetzt von Emil Reiter.

Personen:

André Ternay, Carl Maribel.
 Théodore Panard, Alexander Köster.
 Dupré, Karl Neumann-Jobitz.
 Frau Dupré, Julie Sanden.
 Jolette, beider Tochter, Alice Hall.
 Madame, Lucie Blumfeld.
 Lucie, Georg Köbler.
 Lucie's Geliebter, Alfred Müller.
 Saint-Hilles, Christian Edelmann.
 Frau Saint-Hilles, Tom Wittels.
 Frau Juchon, Hans Gohorn.
 Juchon, Gustav von Schödl.
 Juchon im Dienste bei André, Gustav Kallenberg.
 Marie, Kammerjofe bei Jolette, Alice de Sant.
 Ein Oberkellner, Emma Starr.
 Ein Portier, Emil Berisch.
 Der echte, brühte und vierte Akt spielen in Paris bei André Ternay, der zweite Akt spielt im Hotel Bellevue in Roumoult in -avogen.

Kasseneröffnung: 7 Uhr. Anfang: 7 1/2 Uhr. Ende geg. 10 Uhr.
 Nach dem 2. Akt findet eine größere Pause statt.

Neues Theater-Mannheim.

Im Großen, Holleier.

Montag, 20. Jan. 1908. 20. Vorstellung im Abonnement. B.

Der Waffenschmied.

Anfang 7 Uhr.

Kaiser-Panorama 81, 7a
 Herrlich! Neue Serie!
 Win'erreise in den
 Österreich. Alpen mit
 interess. Wintersport.
 Öffnet: Vormittags von 10—12 Uhr. Nachmittags von 2—10 Uhr.

Hotel-Restaurant „Victoria.“

0 6, 7.

0 6, 7.

Morgen Sonntag, abends 8 Uhr:

Grosses Elite-Konzert

des beliebten Grenadier-Quartetts.

Eintritt frei! 76814 Eintritt frei!

Markt
S 2, 1.

Hof-Pelzhandlung

Chr. Schwenzke.

Teleph. 1369.

Gegründet 1815.

Verkauf von **Pelzwaren** zu wesentlich or-
mässigten Preisen.

• Apollo. •

2 Vorstellungen 2

Nachmittags 4 Uhr

Kleine Preise.

Abends 8 Uhr

gewöhnliche Preise

Gastspiel

des

Berisch-

Ensembles!

mit

Siegfried

Berisch

in den Hauptrollen.

Stürme v. Heterkeit!

Nach Schluss der Vorstel-

lung im „Apollo“

„Cabaret.“ Neues

Programm!

Saalbau.

2 Vorstellungen 2

Nachmittags 4 Uhr

Kleine Preise.

Abends 8 Uhr

gewöhnliche Preise.

In beiden

Vorstellungen:

Die echte

Tortajada

und das übrige kom-

plette Programm!

Rosengarten Mannheim

Nibelungensaal.

Sonntag, den 19. Januar 1908, abends 8 Uhr

Grosses Militär-Konzert

ausgeführt von der Kapelle des

4. Gr. Hessischen Infanterie-Regiments (Prinz Karl)
No. 113.

Leitung: Kapellmeister Bösel

unter Mitwirkung des

Süddeutschen Koschat-Lieder-Quintetts.

Das Konzert findet bei Wirtschafts-Betrieb statt.
Kasseneröffnung abends 7 1/2 Uhr.Eintrittspreise: Tageskarte 50 Pfg.,
Dutzendkarten 5 Mk.Kartenverkauf in den durch Plakate kenntlich gemachten
Vorverkaufsstellen, im Verkehrsbureau (Kaufhaus), in der
Zeitungshalle beim Wasserturm, beim Portier im Rosen-
garten und an der Abendkasse.Ausser den Eintrittskarten sind von jeder Person über
14 Jahren die vorschrittmässigen Einlasskarten zu 10 Pfg.
zu lösen. 76495

Tanz-Institut Viktor Geisler

Montag, den 20. Januar beginnen im Gesellschafts-
haus, Mittelstr. 41, die Tanz, den 28. Januar in der
Bäderinnung, S. 6, 40 meine Tanzkurse. Grund- und
Fortbildung in sämtlichen modernen Tänzen. Geht
Tänzen erbringt in obengenannten Lokalen und in meiner
Wohnung Niedelsfeldstr. 25. 76495Hochachtung Viktor Geisler
geprüfter Tanzlehrer.

Restaur. Pergola

beim Rosengarten.

Vorzügliche Küche

Diners, Soupers.

Feinste Delikatessen.

Reichhaltige Abendkarte.

ff. Weine.

Münchener-Augustiner, Kulmbacher, Pilsner Bier.
Inh. J. A. Hofmann.

75140

Restaurant „Germania“ C 1, 10/11.

Empfehle meinen Saal zur Abhaltung von
Hochzeiten, Gesellschaften
und Versammlungen.

Damen-

Schneidung, Haarzeichnen,
Zufachneiden u. Anfertigen
sehr leicht und gründlich ohne
jede Vorbildung dieZufachneider-Akademie
C 4, 6 Weidner-Mische C 4, 6Mannheim
Eintritt jeder Zeit.
40 Procentrabzügen nach unserem eigenen bewährten
System in Süddeutschland. 75650

Große öffentliche Versammlung technischer Angestellter

Montag, 20. Januar, abends 8 1/2 Uhr
im Goldsaal des Apollo

Vortrag

des Herrn Dr. jur. Bürner, Berlin

Thema:

Die technischen Angestellten in der
Volkswirtschaft und ihre heutigen
Standesfragen.Sämtliche Berufscollegen aus der Privatindustrie, dem
Gewerbe- und Gewerkschaftswesen werden dringend zu dieser
Versammlung eingeladen. 76810

Technischer Verein Mannheim

Zweigverein des deutschen Techniker-Verbandes.

Rosengarten Mannheim

Samstag, 1. Februar 1908
abends halb 9 Uhr

Großer städtischer Maskenball

Alle Säle geöffnet. 2 Ballorchester.

Die Kapelle des 2. bad. Grenadier-Regiments
Kaiser Wilhelm I. Nr. 110Leitung: Max Vollmer; und die
Kapelle Petermann, Leitung: Ludwig Becker.

Masken-Prämierung

Geldpreise

für die schönsten und originellsten Masken (Damen, Herren,
Gruppen) im Gesamtbetrag von 1500 Mark.Eintrittskarten 5 Mk. Einlasskarte 10 Pfg. Garderobe
20 Pfennig.Eintritt nur im Maskensalon (auch Domino)
oder im B.-L.-Saal. (Herren: Prad) mit Masken-
abzeichen gestattet.Maskenabzeichen (Kopfschutzhüllen) sind in der Wandel-
halle käuflich zu haben.Rosenlauben 50 Mk. Referierte Tisch im Nibelungen-
saal 10 Mk. und 20 Mk.Vorausbestellungen (Vormerkungen) auf Rosenlauben
und referierte Tisch sind schriftlich mittels Bestellkarte an
den Hausverwalter im Rosengarten zu richten. Bestellkarten
sind wenda erhältlich. Vorverkauf in den durch Plakate
kenntlich gemachten Vorverkaufsstellen, im Verkehrsbureau
(Kaufhaus) in der Zeitungshalle am Wasserturm, sowie
beim Portier im Rosengarten.Rauchen nur im 2. Oberkassant und Bierkeller gestattet.
Werben mit Papierstängeln, Konfetti und sonstigen
Gegenständen, sowie das Mitbringen von lebenden Tieren
jeder Art verboten. Herren- und Damenmaskenparaden
sind wenda erlässlich. Vorverkauf in den durch Plakate
kenntlich gemachten Vorverkaufsstellen, im Verkehrsbureau
(Kaufhaus) in der Zeitungshalle am Wasserturm, sowie
beim Portier im Rosengarten.Rauchen nur im 2. Oberkassant und Bierkeller gestattet.
Werben mit Papierstängeln, Konfetti und sonstigen
Gegenständen, sowie das Mitbringen von lebenden Tieren
jeder Art verboten. Herren- und Damenmaskenparaden
sind wenda erlässlich. Vorverkauf in den durch Plakate
kenntlich gemachten Vorverkaufsstellen, im Verkehrsbureau
(Kaufhaus) in der Zeitungshalle am Wasserturm, sowie
beim Portier im Rosengarten.Von 12 Uhr Nachts ab werden an Ballbesucher, die den
Rosengarten vorübergehend verlassen wollen, Kontremarken
gegen Bezahlung von 1 Mark ausgegeben. Wiedereintritt ist
nur möglich, wenn gleichzeitig mit der Kontremarke auch
die Eintrittskarte vorgelegt wird. 811 0

la. Referenzen.

Hochfeine Süssrahm-Tafelbutter

garantiert täglich frisch

empfiehlt

in Post- u. Bahnsendungen

Gotth. Lieb

Karlsruhe i. Baden

7112 Waldhornstrasse.

NB. Probestück zum billigsten Tages-
preis; an Unbekannte unter Nachnahme.

Mannheimer
Panoptikum,
Breitestrasse H 1, 1
Neu eröffnet!
Sehenswürdigkeit
I. Ranges.
Panoptikum mit Anatomie,
Welt-Panorama, Vorstel-
lungssaal, Folienkammer u.
Verbrecher-Galerie.
Im Vorstellungssaal:
... Madame ...
F. Cumberland.
Die beste Gedankenleserin.
Ausserdem: Das
Verschwinden einer
Person aus dem
Publikum 56867
Rätselhaft! Verblüffend!
Im Welt-Panorama
diese Woche:
Ungarn — Budapest
und die Karpaten.

Kaufmännischer Verein

Mannheim (E. V.)

Abteilung: Stellenvermittlung

Gelehrten Handlungshäusern

empfehlen wir unsere Ver-
mittlung auch bei Befehlung
von Lehrlings-Verträgen.

Der Vorstand.

Grosse

Karneval-Gesellschaft

Neckarvorstadt E. V.

Sonntag, 19. Januar

abends 8 Uhr 11

im Sängersheim, Niedels-
feldstr. 25

Sitzung mit Damen

Der Elferat.

Dr. E. Stutzmann's

Drogengeschäft

Heidelbergerstr. 0 6, 3

Tel. 3778 empfängt 56810

alle dem freien Verkehr

überlassenen

Apotheker - Waren

in tadelloso. Qualitäten.

Grüne Rabattmarken.

Täglich Mittags empfangt
Frau Hofmeister, Talberg
Hofstr. 15, 1. Stod. 17020

07, 28. part.

Kein Laden.

Diskret und billig.

Alle Haararbeiten

für Damen

unter Garantie für Naturwolle

Wäsche, Häden
u. Kuscheln u. it
neuem Verfahren
an gefärbte Haare
Neuhelt.

Zöpfe

Reform-Haarfrisur

mit und ohne Schmelz.

Nach alt Unterlage.

Bester Erfolg bei dünnem
oder kurzem Haar.

Hermann Schmidt,

Fama-Haus, Breitenstrasse.

Haar-Special-Geschäft.

Regie: Frau Hofmeister, Talberg

Gold. Med. u. 2 Ehrenpreise

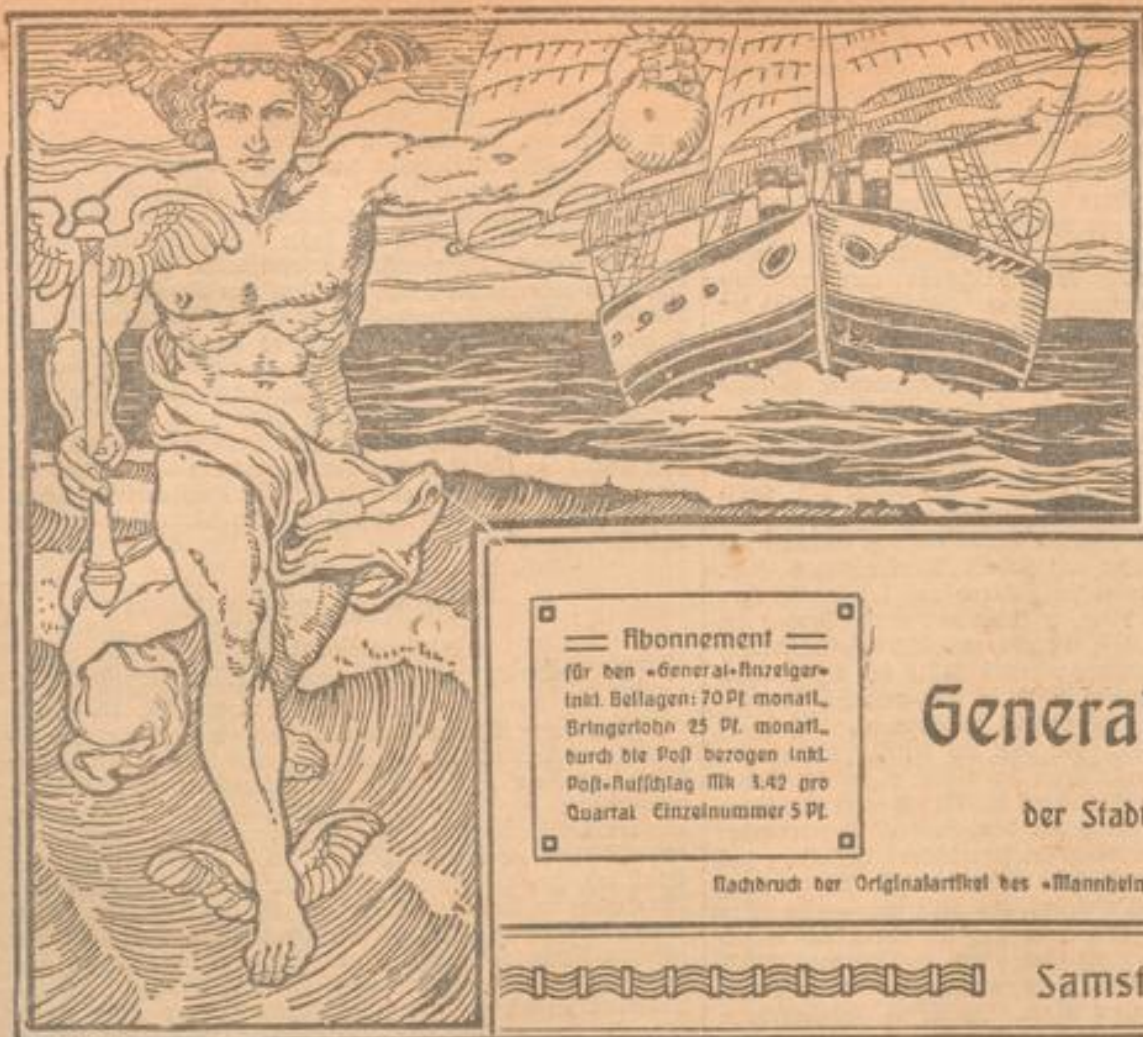
für Haararbeiten.

Vergnügungs- u. Vortrags-Kalender

für die Woche vom 19. Januar bis 26. Januar

Etablissemments	Sonntag	Montag	Dienstag	Mittwoch	Donnerstag	Freitag	Samstag	Sonntag
Hoftheater	7 Uhr: Aufgeh. Ab. Vorrecht D. Die Meistersinger.	7 Uhr: Abonn. B. Der Waffenschmied.	7 Uhr: Abonn. A. Helden.	7 Uhr: Abonn. B. Was ihr wollt.	7 Uhr: Abonn. C. Neu einstudiert: Der Freischütz.	7 Uhr: Abonn. D. Othello.	7 Uhr: Ab. resp. Zu ermäßigtem Preis: Hamlet's Nötsche.	7 1/2 Uhr: Die Wanderfede- ren. 7 Uhr: Abonn. A. Misan.
neues Theater	7 1/2 Uhr: Fräulein Josefine meine Frau.	—	8 Uhr: Der Vogelkandidat.	—	—	—	—	7 1/2 Uhr: Zwei ersten Male in Wien: Humpen- gänger.
Rosengärten Nibelungenaal	8 Uhr: Militär-Konzert.	—	—	—	—	—	—	8 Uhr: Militär-Konzert.
Rosengärten Nosekkaal	—	—	—	Abends 7 1/2 Uhr: IV. Kaim-Konzert.	—	—	—	—
Friedrichs- park	—	—	—	—	—	—	—	5—6 Uhr: Militär-Konzert.
Saalbau	4 Uhr u. 8 Uhr: Vorstellungen.	8 Uhr: Vorstellung.	8 Uhr: Vorstellung.	8 Uhr: Vorstellung.	8 Uhr: Vorstellung.	8 Uhr: Vorstellung.	8 Uhr: Vorstellung.	4 u. 8 Uhr: Vorstellungen.
Apollo	4 u. 8 Uhr: Theater-Vorstellung.	8 Uhr: Theater-Vorstellung.	8 Uhr: Theater-Vorstellung.	8 Uhr: Theater-Vorstellung.	8 Uhr: Theater-Vorstellung.	8 Uhr: Theater-Vorstellung.	8 Uhr: Theater-Vorstellung.	4 u. 8 Uhr: Theater-Vorstellung.
Theater The ter nensplatz, P 7.	Geöffnet: 3—11 Uhr abends.	Geöffnet: 3—11 Uhr abends.	Geöffnet: 3—11 Uhr abends.	Geöffnet: 3—11 Uhr abends.	Geöffnet: 3—11 Uhr abends.	Geöffnet: 3—11 Uhr abends.	Geöffnet: 3—11 Uhr abends.	Geöffnet: 3—11 Uhr abends.
Kleines Theater Theater, P 6, 20	Vorstellungen von 11 Uhr vorm. bis 11 Uhr abends.	Vorstellungen von 4 Uhr nachm. bis 11 Uhr abends.	Vorstellungen von 4 Uhr nachm. bis 11 Uhr abends.	Vorstellungen von 4 Uhr nachm. bis 11 Uhr abends.	Vorstellungen von 4 Uhr nachm. bis 11 Uhr abends.	Vorstellungen von 4 Uhr nachm. bis 11 Uhr abends.	Vorstellungen von 4 Uhr nachm. bis 11 Uhr abends.	Vorstellungen von 11 Uhr vorm. bis 11 Uhr abends.
Intern. Biograph Theater, D 2, 3.	Geöffnet: 11 bis 11 Uhr.	Geöffnet: 3 bis 11 Uhr.	Geöffnet: 3 bis 11 Uhr.	Geöffnet: 3 bis 11 Uhr.	Geöffnet: 3 bis 11 Uhr.	Geöffnet: 3 bis 11 Uhr.	Geöffnet: 3 bis 11 Uhr.	Geöffnet: 11 bis 11 Uhr.
Mannheimer Panoptikum	Geöffnet von 10 Uhr morg. bis 10 Uhr abends.	Geöffnet von 10 Uhr morg. bis 10 Uhr abends.	Geöffnet von 10 Uhr morg. bis 10 Uhr abends.	Geöffnet von 10 Uhr morg. bis 10 Uhr abends.	Geöffnet von 10 Uhr morg. bis 10 Uhr abends.	Geöffnet von 10 Uhr morg. bis 10 Uhr abends.	Geöffnet von 10 Uhr morg. bis 10 Uhr abends.	Geöffnet von 10 Uhr morg. bis 10 Uhr abends.
Volks-Theater (Colosseum) am Mesaplatz.	4 Uhr u. 8 Uhr: Nick Kartier.	—	—	—	—	—	—	—
Stadtgeschichtl. Museum	Geöffnet: 11—1 und 2—4 Uhr	—	—	Geöffnet: 11—1 und 2—4 Uhr	—	—	—	Geöffnet: 11—1 und 2—4 Uhr
Die vereinigten Sammlungen des Historischen u. des Altertums- vereins im Grosch. Schloß	Geöffnet: 11—1 und 2—4 Uhr	—	—	—	—	—	—	Geöffnet: 11—1 und 2—4 Uhr
Kaiser- Panorama	Neuer Zyklus: Winterreise in den österr. Alpen mit interess. Winter- sport.	Neuer Zyklus: Winterreise in den österr. Alpen mit interess. Winter- sport.	Neuer Zyklus: Winterreise in den österr. Alpen mit interess. Winter- sport.	Neuer Zyklus: Winterreise in den österr. Alpen mit interess. Winter- sport.	Neuer Zyklus: Winterreise in den österr. Alpen mit interess. Winter- sport.	Neuer Zyklus: Winterreise in den österr. Alpen mit interess. Winter- sport.	Neuer Zyklus: Winterreise in den österr. Alpen mit interess. Winter- sport.	—
Kasino- Saal	—	—	Abends 8 Uhr: Vortrag des Herrn Hofkassenspieler Georg Putzcher, für Kaim-Konzert.	—	—	—	—	—

gedruckt. 16007 E. G. I.



Handels- und Industrie-Zeitung

für Südwestdeutschland

Telephon-Nummern:
Direktion und Buchhaltung 1449
Druckerei-Bureau (Annahme von Druckaufträgen) 341
Redaktion 377
Expedition 218

Ersteht jeden Samstag abend

Abonnement
für den „General-Anzeiger“
inkl. Beilagen: 70 Pf. monatl.,
Bringerlohn 25 Pf. monatl.,
durch die Post bezogen inkl.
Post-Rufschlag Mk. 1.42 pro
Quartal Einzelnummer 5 Pf.

Beilage des
General-Anzeiger
der Stadt Mannheim und Umgebung

Inserate
Die Kleinanzeigen 25 Pf.
Ausdrückliche Inserate 30
Die Reklamenzelle 100
Telegramm-Adressen:
-Journal Mannheim-

Nachdruck der Originalartikel des „Mannheimer General-Anzeigers“ wird nur mit Genehmigung des Verlags erlaubt

Samstag, 18. Januar 1908

Finanzielle Glossen zu wirtschaftlichen Sirenenfragen unserer Tage.

(Der Aktionär. — Die Dividende des Leierläufers. — Der dividendenlose Omnibus. — Bankier R. A. contra Bleichröder. — Die Schiffahrt. — Schwebelahn-Reminiscenzen. — Landwirtschaft contra Vögel. — Geldmarkt und Terminkontrakt. — Bauer und Reichsbank. — Luftschiffahrt R. A.)

So wenig schmeichelt es für unsere Leierläuferin, daß der Aktionär die Lehren der Vergangenheit nicht gebührend würdigt, vielmehr seine Blicke auf den vorübergehenden Erfolg des Tages und die dauernden Aussichten der Zukunft richtet. Wie für die Menschheit im allgemeinen, liegt ja auch für den Aktionär im besonderen das goldene Zeitalter in den Jahren, die da kommen sollen. Vorläufig befinden wir uns bekanntlich nur in einer Art goldenen Zeitalters — ohne Gold. Es ist daher umso mehr erklärlich, daß der Aktionär durch die Aussicht von einer hohen Dividende nicht minder erfreut, als er durch die Aussicht von einer auf Null reduzierten Dividende betrübt wird. Im Hinblick hierauf hat es auch schon in der „guten alten Zeit“ menschenfreundliche „Produzenten von Wertpapieren“ gegeneinander, die den Aktionären auf Jahre hinaus hohe Dividenden zu garantieren pflegten, ein Verfahren, von dem man einerseits behauptete, es gelte, damit des Aktionärs liebe Seele Ruhe hätte, während man andererseits gar an das allgütige Sprichwort dachte: „Mit Sped' langt man Waise“. Der besonders gravierende Fall einer mit Dividendengarantien ausgestatteten Emission verdient jetzt allen Interessenten in Erinnerung gebracht zu werden, weil seine bereits in Vergessenheit geratene Geschichte nicht nur die beiläufig charakterisierte Art der einseitigen Fiktion von Werten seitens des landesüblichen Aktionärs an einem der vielen Beispiele illustriert, sondern auch aus zwei anderen, mehr oder minder triftigen Gründen. Erstlich perhorrisiert die Geschichte des Entstehens und Vergehens der alt. Dividende des Leierläufers“ bezeichnet die Bedeutung von Freund und Feind der seit nahezu vier Jahren im Reichstag „benachteiligten“ Aktienreform und zweitens weist die Charakteristik der alten Finanzoperation ein sehr beachtenswertes Streichen auf die gegenwärtig in allen Kreisen der Reichshauptstadt viel umtriebene Omnibusfrage.

Unter den verschiedenen Kalamitäten des über alles Erwarteten an Einwohnerzahl und Ausdehnung angewachsenen Großberlins muß der Verkehrskalamität in erster Reihe ein Platz eingeräumt werden. Wie eine derartige Kalamität durch Omnibusse aller Art gemildert werden kann, lehrt eine Reihe von Großstädten, lehrt auch die Reichshauptstadt jener Tage, in denen der Omnibus noch nicht Spekulationsobjekt des „billigen Mannes“ im schlimmsten Sinne des Wortes war, in denen man für eine Fahrt nicht mehr, aber auch nicht weniger zahlte, als sie es wert war. Seit einer guten Spanne Zeit liegen die Dinge anders. Bei der allwöchentlichen Omnibuslinien der Reichshauptstadt umfassenden Allgemeinen Berliner Omnibus-Gesellschaft — Aktienkapital 12.600.000 M. — kämpfen, wie bekannt, zwei Aktionärgruppen um die Herrschaft über das große Ganze. Die gegenwärtig unter der finanziellen Leitung des Hauses S. Bleichröder stehende Verwaltung soll durch ein neues Ministerium ersetzt werden, das insofern nicht den Reiz der Neuheit hat, als es bereits früher am Ruder gewesen ist. Wesentlich der auf den Vorfall im Aufsichtsrat reflektierende Finanzmann hat bereits früher die Geschichte der Omnibusgesellschaft bestimmt, oder, wie der technische Ausdruck lautet, der Gesellschaft nahegekommen. Es handelt sich um einen Emporkömmling von nicht zu unterschätzender finanzieller Begabung und hervorragendem Wagemut. Die Parole der Direktoren unserer Großbanken „Keine Zeit! keine Zeit! keine Zeit!“ und das Verweisen der Rundschaft auf die Rehortbeamten der Bank zur Rücksprache über finanzielle Transaktionen hat dem in Rede stehenden Finanzmann mit seinen jedenfalls sehr gerätlichen Umgangsformen aus Mitgliedern der über Millionen verfügenden Geburtsaristokratie, Deutschlands als Kunden zugeführt, von denen es heißt, daß sie seinen Wünschen gern folgen. So soll Bankier R. A. als eine Großbank vor Jahren von dem Erwerb der damals sehr hoch bewerteten Omnibus-Aktien gewornt hat, zum gegenseitigen

Gewinnieren der Aktien geraten und damit einen Augenblickserfolg errungen haben, der ihm den Weg zur späteren Herrschaft über das große Unternehmen ebnete. Als eigentlicher Omnibuslenker hat er zuletzt (1906 für 1907) den Omnibus-Aktionären 15 pSt. Dividende gezahlt und will jetzt den alten 5-Pfennig-Tarif für kurze Teilstrecken beibehalten, während das Haus Bleichröder erklärt, infolge der enorm gestiegenen Futterpreise, Löhne etc. eine Dividende nicht verteilen zu können und den Jahrespreis der kurzen Teilstrecken um ein geringes erhöhen zu müssen. Der letztgenannte Umstand hat natürlich bei dem durch die Krisis herbeigeführten beträchtlichen Rückgang der Börsenwerte auf der ganzen Linie den ohnehin bereits sehr reduziert gewordenen Kurs der Omnibus-Aktien noch weiter herabgedrückt, ein Uebelstand, für den das Haus S. Bleichröder nicht verantwortlich zu machen ist, aber doch von einer unter Führung des beifällig charakterisierten Finanzmannes entstandenen oppositionellen Gruppe „mit allen Mitteln“ verantwortung gemacht wird. Der Glaube an die Wunder, die ihr Meister vollbringen würde, wenn er durch seine Finanzkunst das Wohl und Wehe der Omnibus-Gesellschaft mit früher beeinflusst hätte, gehört in das Bereich des auch dem Börsenverkehr nicht fremden Aberglaubens, einer tragikomischen Erscheinung, die zu bekämpfen nicht zu den Aufgaben dieses Referates zählen kann. Es soll hier zunächst die erwähnte Reminiscenz aus der älteren Geschichte des Emissionswesens einen Platz finden.

Vor bald zwei Jahrzehnten wurde durch das bereits damals sich lebhaft betätigende Emissionshaus R. A. die Aktien-Gesellschaft „Berliner Musikinstrumenten-Fabrik vorm. Chr. F. Pfeiffermann & Söhne“ begründet. Es folgte unmittelbar darauf eine natürlich ebenfalls von Bankier R. A. verantwortete Subskription auf Aktien des nahezu ganzen Aktienkapitals der Gesellschaft zum Kurse von 145 pSt. und einer zehnprozentigen Dividenden-Garantie auf drei Jahre hinaus. Die hofte Flügge „Berliner Musikinstrumenten-Fabrik“ deckte in der Hauptsache eine in der Brunnen- und Zehrbellinerstraße betriebene Herstellung von Leierkasten. Diese nicht nach jedem Mannes Geschmack musizierenden Dreborgeln unternehmen ihre Fahrten vom Berliner Norden aus nach allen Himmelsrichtungen Berlins, in denen die bekannten „Hoffinger“ ihre Weisen für das landesübliche Sonnet von 5 Pfennig zum Steinerweiden erklingen lassen. Die Leierkasten spielten vornehmlich die damaligen Melodien des Hamburger Komponisten Ludolf Waldmann. Diesem populären Liedichter ist jedoch nur in dem Mechanismus der Dreborgeln aus der Brunnenstraße ein breiter Spielraum gewährt worden, während man seine dem Unternehmen so einträglich gewordenen Kompositionen in dem betr. Prospekt wohlweislich unternommen gelassen hat. Es dauerte auch nicht lange, bis die Aktionäre der Pfeiffermann-Gesellschaft zu ihrer nicht geringen Ueberraschung in Erfahrung brachten, daß zwischen dem Komponisten Ludolf Waldmann und der „Musik-Fabrik“ ein Prozeß schwebte, dessen Entscheidung die Existenzfähigkeit des ganzen Unternehmens insofern in Frage stellte, als der Komponist für die, wie es hieß, von der Gesellschaft ihm gestohlenen Melodien eine horrende Entschädigungssumme verlangte, außerdem ein Verbot der Weiterbenutzung seiner Melodien gerichtlich anstrebte. Der Prozeß wurde von der Gesellschaft möglichst in die Länge gezogen, aber schließlich doch zugunsten des Komponisten entschieden. Die Zeit des Niederganges des Aktienkurses und die Aera der Nulldividenden hatte schon vor dieser Entscheidung begonnen, deren Ausgang unklar vorauszuweisen war. Herr R. A. hat es natürlich vorgezogen, nicht seinen Namen, sondern den Namen der Fabrikbesitzer als Garantien zu nennen und zwar mit dem festersten Druck, der in solchen Fällen zur Anwendung kommen kann. Die Jahresberichte der Gesellschaft wurden nach den inzwischen „berühmt“ gewordenen R. A. jenen Klauern zumeist mit den schönen Worten eingeleitet: „Die Hoffnungen, welche wir auf Grund der Geschäftsverhältnisse bei Abfassung unseres vorjährigen Geschäftsberichts auszusprechen berechtigt waren, haben sich zu unserem Bedauern nicht erfüllt.“ Im Jahre 1895, als man sich bereits einer kontinuierlichen Bilanz in New York und des Begründers der Gesellschaft entledigt hatte, sollte ein neues Instrument neues Geil bringen. Dieses verursachte jedoch zunächst 100.000 M. Kosten und Johann 125.000 M. Verlust. Im folgenden Jahre beschloß die Generalversammlung einstimmig und ohne Debatte die Liquidation und im Jahre 1902 wurde das Aktienunternehmen in eine G. m. b. H.

mit 20.000 M. Kapital umgewandelt, die nach einer verhältnismäßig kurzen Zeit in Konkurs geriet.

All dies schließt indes nicht aus, daß der ursprüngl. „Bater vom ganzen“ Bankier R. A. im Jahre 1892 die Aktionäre davon warnte, ihre Aktien billig zu verkaufen, denn er schätzte den Wert derselben auf 80 pSt. Später hat er allerdings auf 9000 M. Aktien der Pfeiffermann-Gesellschaft keine 600 M. leihen wollen. Die Aktionäre mußten nunmehr, was sie von den Bertröstungen und Versprechungen des Emissionshauses zu erwarten hätten und konnten nicht einmal dagegen Protest erheben, daß die Pfeiffermann'schen Leierkasten voller Ironie den Refrain eines Liedes des Johann Strauß'chen „Cagliostro“ spielten: „Aber glauben, aber glauben, aber glauben muß man dran!“ Diese Ironie schließt indes nicht aus, daß sich gegenwärtig wieder eine Anzahl Gläubiger in Aktionärskreisen gefunden haben, die der R. A. jenen „Zukunft's Musik“ mit Begeisterung ihr Ohr schenken und im Vertrauen der Ueberzeugung das Wort reden. Diese von dem Glauben an die Verheißungen ihres Propheten sichtlich durchdrungenen Männer gehören den intelligenten Schichten der Reichshauptstadt an. Es zählen zu ihnen Professoren, Buchhändler, Rechtsanwältle u. a. m. Ein bei den städtischen Protestversammlungen „in Sachen R. A. contra Bleichröder“ im Vordergrund der Gesellschaft stehenden Buchhändler redet — dank seiner Anstaltsnatur — ganze Bücher von so und so vielen Seiten. Der interessanteste Teil des Inhalts besteht in der letzten Seite legtem Wort, das im Börsienargon „Stoff“ heißt und mit „Ende“ zu übersetzen ist. Wahrscheinlich würde der intelligente Buchhändler weniger Bücher reden, wenn er mehr die Bücher für Börsenwerte und ihren Aufschwung über das Entstehen und Vergehen von Aktiengesellschaften in den Kreis seiner gewiß sehr reichen Vorkenntnisse einschließen würde. Sein, wie er sagt, auf Basis der Zahlen ruhendes Plaidoyer zugunsten der R. A. jenen Finanzpolitik entbehrt der zur Beurteilung der Omnibusfrage nächstlegenden und grabierenden Fiktion, die aus den Vorwissenstafelgelehrern leicht erfüllt werden.

Vom Waren- und Produktenmarkt.

(Von unserem Korrespondenten.)

Trotz der in dieser Woche auf dem Geldmarkt eingetretenen Erleichterung blieb es an den Warenmärkten ziemlich ruhig, da man infolge der immer noch nicht ganz geklärten Lage an der Wertpapierbörse vielfach Zurückhaltung beobachtet.

Im Getreidehandel richtet sich der Blick immer noch nach Argentinien und da die Erntevorberichte ziemlich ruhig, da man infolge der immer noch nicht ganz geklärten Lage an der Wertpapierbörse vielfach Zurückhaltung beobachtet.

Im Getreidehandel richtet sich der Blick immer noch nach Argentinien und da die Erntevorberichte ziemlich ruhig, da man infolge der immer noch nicht ganz geklärten Lage an der Wertpapierbörse vielfach Zurückhaltung beobachtet.

Meß liegt recht ruhig und seitens der Mühlen wird über schleppenden Abgang geklagt. Futterartikel sind der effektiv besser gefragt, während für spätere Monate wenig Kaufkraft sich zeigt. Die Notierungen an den wichtigsten Getreidemärkten stellen sich wie folgt:

Weizen:			
New-York 6/1. 16/1. Diff.	Chicago 9/1. 16/1. Diff.		
10/1. 11/1. 107 1/2 - 1 1/2	10/1. 11/1. 107 1/2 - 1 1/2		
10/1. 11/1. 111 1/2 - 2	10/1. 11/1. 106 1/2 - 2 1/2		
Paris:			
10/1. 11/1. 107 1/2 - 1 1/2	10/1. 11/1. 107 1/2 - 1 1/2		
10/1. 11/1. 111 1/2 - 2	10/1. 11/1. 106 1/2 - 2 1/2		
10/1. 11/1. 107 1/2 - 1 1/2	10/1. 11/1. 107 1/2 - 1 1/2		
10/1. 11/1. 111 1/2 - 2	10/1. 11/1. 106 1/2 - 2 1/2		

Roggen:			
New-York 6/1. 16/1. Diff.	Chicago 9/1. 16/1. Diff.		
10/1. 11/1. 107 1/2 - 1 1/2	10/1. 11/1. 107 1/2 - 1 1/2		
10/1. 11/1. 111 1/2 - 2	10/1. 11/1. 106 1/2 - 2 1/2		
10/1. 11/1. 107 1/2 - 1 1/2	10/1. 11/1. 107 1/2 - 1 1/2		
10/1. 11/1. 111 1/2 - 2	10/1. 11/1. 106 1/2 - 2 1/2		

Mais:			
New-York 6/1. 16/1. Diff.	Chicago 9/1. 16/1. Diff.		
10/1. 11/1. 107 1/2 - 1 1/2	10/1. 11/1. 107 1/2 - 1 1/2		
10/1. 11/1. 111 1/2 - 2	10/1. 11/1. 106 1/2 - 2 1/2		
10/1. 11/1. 107 1/2 - 1 1/2	10/1. 11/1. 107 1/2 - 1 1/2		
10/1. 11/1. 111 1/2 - 2	10/1. 11/1. 106 1/2 - 2 1/2		

Kaffee konnte seinen Preisstand gut behaupten, zumal die Zufuhren in den brasilianischen Verhältnismäßig klein sind und sich eine bessere Kaufkraft geltend machte. Die Meldung, die über den Verkauf von Kaffee bekannt wurde, daß das Versteigerungsgeld auf die von der brasilianischen Regierung eingelagerten Kaffees bis Ende 1906 verlängert worden sei, bedarf noch der Bestätigung. Bisher war die Versteigerungssumme immer nur auf ein Jahr abgegrenzt oder auf ein Jahr verlängert worden. Die Zufuhren belaufen sich in der letzten Woche von Rio de Janeiro auf 44.000 gegen 42.000 Tsd und die in Santos auf 77.000 gegen 77.000 Tsd in der Vorwoche. Die Vorräte in Rio de Janeiro schätzte man diese Woche auf 447.000 gegen vorwöchige 457.000 Tsd und die in Santos auf 1.720.000 gegen 1.825.000 Tsd in der Vorwoche. Die Vorräte in den Vereinigten Staaten betragen einschließlich der schwimmenden Ladungen 3.855.000 (3.853.000) Tsd. New-York notiert:

	Jan.	Febr.	März	April	Mai	Juni
9. Januar 6.	5.70	5.80	5.90	5.95	6.00	6.05
16. Januar 6.	5.75	5.85	5.90	5.95	6.00	6.10
16. Januar 6.	5.75	5.85	5.90	5.95	6.00	6.10
16. Januar 6.	5.75	5.85	5.90	5.95	6.00	6.10
16. Januar 6.	5.75	5.85	5.90	5.95	6.00	6.10

Gold hatte ein ruhiges Geschäft u. die Preise konnten sich nicht behaupten. Der Weltmarkt lag ruhig und die Umsätze waren nicht von Belang. Auch am Kassamarkte war die Kaufkraft schwach und die Käufer haben sich teilweise wegen des Rückgangs der Terminpreise zurückgezogen. Verschiedene Kaffeesorten lagen über schwachen Abgang. Das Exportgeschäft zeigt keine Veränderung. England hat seine Gebote auf Granulat weiter herabgesetzt. Die Exporte auf Kuba sollen nach einer Depesche der Firma Willeit u. Co. in New-York infolge des allgemeinen Unwetters behindert sein; doch blieb auch diese Nachricht ohne Einfluß. Die Witterungsverhältnisse während der letzten Woche waren für unsere Winterfrüchte günstig. Die Hamburger Lagerfrüchte erfordern bei einem Bestand von 926.600 Doppelzentnern (1. 735.700 Td.) eine Gesamtabnahme von 168.600 gegen 133.600 Td. Abnahme im Vorjahr. Die Vorräte in den Vereinigten Staaten sind in den letzten acht Tagen von 108.000 Tonnen auf 99.000 Tonnen zurückgegangen. Der Wochenumsatz an der Hamburger Börse belief sich in den letzten acht Tagen auf 238.000 Td. Magdeburg notiert:

	Jan.	Febr.	März	April	Mai	Juni
10. Januar 1906	20.5	20.20	20.55	20.85	19.45	
17. Januar 1906	19.80	19.90	20.00	20.80	19.45	
17. Januar 1906	19.80	19.90	20.00	20.80	19.45	
17. Januar 1906	19.80	19.90	20.00	20.80	19.45	
17. Januar 1906	19.80	19.90	20.00	20.80	19.45	

Rechtspflege.

1. Unberechtigter Verweigerung der Zahlung von Provision an den Grundstücksvermittler. Ein Grundstücksvermittler hatte einem Grundstücksbesitzer versprochen, ihm für die Vermittlung eines Käufers seines Grundstücks und für die Vermittlung des Kaufes als Provision denjenigen Teil des Kaufpreises zu zahlen, der die Summe von 25.000 M. übersteige. Tatsächlich gelang es dem Käufer, einen Käufer für das Grundstück zu finden, und durch seine Vermittlung wurde auch der Kaufvertrag in der gesetzlichen Form geschlossen. Bei der Nachprüfung der Flächenmaße stellte es sich heraus, daß das Grundstück nicht die Fläche von dem Verkäufer wie auch von dem Käufer angegebene Größe betrug. Eine Vermittlung des Klagen des Käufers wegen des geringeren Flächeninhalts des Grundstücks einen Preiserminderungsanspruch geltend und nach längeren Verhandlungen zwischen Käufer und Verkäufer wurde schließlich der Vertrag in beiderseitiger Übereinstimmung aufgehoben. Der Käufer, welcher sich in der Angelegenheit bemüht hatte, klagte gegen den Verkäufer auf Zahlung der versprochenen Provision, und das Oberlandesgericht Karlsruhe, welchem die Sache in zweiter Instanz zur Entscheidung unterstellt war, hat — im Gegensatz zur Vorinstanz — dem Käufer recht gegeben. Begründet sei die Annahme des Vorrichters, so führte das Oberlandesgericht aus, daß der Käufer seine Vertragspflicht durch sein Verhalten gegenüber dem Käufer verletzt habe. Die Angaben des Klägers bezüglich des Flächeninhalts des dem Beklagten gebührenden Grundstücks entsprachen den eigenen Angaben des Beklagten und mußten, da der Käufer dem Käufer auch sein ganz genaues Maß angegeben hatte, den letzteren darauf hinweisen, daß es sich nur um eine ungenügende Schätzung handelte. Eine Verpflichtung des Klagen des Käufers zur Einreichung näherer Erfindungen kann nicht angenommen werden; im übrigen war der Käufer ja selbst in der Lage, beim Grundbuchamt nachzutragen. Allerdings standen dem Käufer wegen der an dem im Kaufvertrag zugesicherten Maße fehlenden Fläche die gemäß den Bestimmungen des Bürgerlichen Gesetzbuches für den Kauf gegebenen besonderen Rechte bedenklich zu, er hat aber seinen Anspruch davon gemacht, auch seinen Anspruch auf Preiserminderung nicht weiter verfolgt, sondern mit Rücksicht auf die Erklärung des Beklagten, er bereue den Verkauf, in die Aufhebung des bis dahin zu Recht bestehenden Kaufvertrages gemilligt. Da der Vertrag gültig und unbedingte Zustande gekommen war, so konnte die nachträgliche Preiserminderung desselben dem Käufer den einmal verdienten Lohn nicht entziehen. (Nachdruck verboten.)

Eine für offene Handelsgesellschaften und Kommanditgesellschaften wichtige Entscheidung enthält der Urteilserkenntnis 65.

Bank der Entscheidungen des Reichsgerichtes. Bis jetzt herrschte nämlich in Wissenschaft und Praxis die Ansicht, daß der das Geschäft mit Aktien und Bausen unter der bisherigen Firma übernehmende Eigentümer der Gesellschaftsgrundstücke nur durch Auflösung wird. Hieraus ergibt sich die Folgerung, daß der die Übernahme regelnde Vertrag — weil er unter anderem die Übertragung des Eigentums an Grundstücken bedarf — nach § 313 des Bürgerlichen Gesetzbuches der gerichtlichen oder notariellen Beurkundung bedarf, widrigenfalls er nichtig ist. Diese Auffassung wird nun vom Reichsgericht mit der erwähnten Entscheidung verlassen. Nach dieser Entscheidung ist künftig keine Auflösung mehr nötig, keine gerichtliche oder notarielle Beurkundung des Übernahmevertrages. Es bedarf lediglich der Umschreibung der Grundstücke auf den Namen des verbleibenden Gesellschafters, die erheblich billiger ist als die Auflösung, da der Auflösungsstempel wegfällt. Diese einschneidenden Wirkungen gebieten ein näheres Eingehen auf die Entscheidung. Es liegt ihr folgender Fall zugrunde: Die offene Handelsgesellschaft in Firma C. v. B. bestand aus zwei Brüdern, einer nach 1903. Seine Erben vereinbarten — angeblich — mündlich mit seinem Bruder im Februar 1904, daß das Geschäft mit dem ganzen Gesellschaftsvermögen einschließlich der Firma auf den Bruder übergeben und dieser die Erben mit 250.000 Mark abfinden solle. Später weigerte der Bruder die Zahlung und bestritt die Vereinbarung. Es kam zur Klage, in dieser wandte der Bruder ein, daß die Vereinbarung nichtig sei, weil zum Gesellschaftsvermögen Grundstücke gehörten, ihre Übertragung gemäß § 313 des Bürgerlichen Gesetzbuches der gerichtlichen oder notariellen Beurkundung bedürfte. Der Beklagte behauptete, daß die Vereinbarung gerichtlich oder notariell hätte beurkundet werden müssen, und daß dies verkannt sei, nichtig sei. In eingehender Weise unterzucht nun das Urteil, wie die behauptete Vereinbarung rechtlich zu beurteilen sei, ob der Anteil der Erben am Gesellschaftsvermögen auf Grund einer von ihnen vorzunehmenden Übertragung von dem Bruder hinzugekommen wäre — in diesem Falle würde bei Grundstücken Auflösung und für die Vereinbarung gerichtliche oder notarielle Beurkundung nach § 313 des Bürgerlichen Gesetzbuches nötig sein — oder ob in Folge des Wegfalls der Mitberechtigung der Erben auf Grund der Vereinbarung deren Recht dem des verbleibenden Gesellschafters von selbst anwuchs, so daß aus dessen Mitvermögen ohne weiteres Alleinvermögen wurde. In diesem Falle würde je ein besonderer Übertragungsakt, insbesondere bei Grundstücken die Auflösung, nicht nötig sein, und ebenso auch die zugrunde liegende Vereinbarung nicht der gerichtlichen oder notariellen Beurkundung gemäß § 313 des Bürgerlichen Gesetzbuches bedürfen. Das Urteil sieht die zuletzt dargelegte Auffassung als die richtige an.

Allgemeines.

Belämpfung der Mißstände im Ausstellungswesen. Nicht weniger als ca. 250 gewerbliche Ausstellungen aller Art sind, wie die „Ständige Ausstellungskommission für die Deutsche Industrie“ berichtet, für die nächsten Jahre im In- und Auslande geplant. Zum Teil verstehen diese Veranstaltungen, die häufig mit hoch klingenden Titeln wie „Internationaler Wettstreit“ oder „Exposition Universelle“ usw. paradiert, schon jetzt Einblendungen zur Beteiligung, wobei sie zugleich goldene Medaillen, Ehrenkreuze und alle möglichen Auszeichnungen verheißt. Angesichts derartigen häufig recht fragwürdiger Inszenierungen gewinnen die Belämpfungen besonderes Interesse, die dem hohen veröffentlichten Gelegenheitswert, betr. die Abänderung des Gesetzes zur Bekämpfung des unlauteren Wettbewerbs beigegeben sind. Hier heißt es u. a.: „Der mehrfach ausgesprochene Wunsch nach einer gesetzlichen Regulierung des Ausstellungswesens kann innerhalb der gegenwärtigen Revision des Wettbewerbsgesetzes nicht erfüllt werden. Soweit es sich um die unlautere Kellerei mit Medaillen und Diplomen handelt, die überhaupt nicht oder von Schwindel-Ausstellungen verliehen worden sind, gegen die Vorschriften in den Paragraphen 1, 4 des geltenden Gesetzes zum Einschreiten auf dem Rechtsweg keine ausreichende Handhabe. Wiederholt haben die Gerichte entschieden, daß Auszeichnungen, die ohne vorausgegangenen ernsthaften Wettbewerb erteilt werden, Schein-Auszeichnungen sind, und daß, wer Diplome oder Medaillen dieser Art zu Kellereizwecken benutzt, über den Besitz einer Auszeichnung unrichtige Angaben im Sinne der Paragraphen 1, 4 macht. Darüber hinaus werden Vorschriften empfohlen, welche die beherrschende Bewusstseinsbildung des Ausstellungswesens die Führung einer Konzeptionspflicht der gewerbmäßigen Ausstellungsentwerfer und die Beschränkung des Rechtes, Ausstellungen zu bezeichnen und andere Auszeichnungen zu vergeben und zu erwerben, zum Gegenstand haben. Eine derartige Regelung würde aber die Zwecke der jetzigen Revision des Gesetzes überschreiten und daher in Falle des Bedürfnisses einem besonderen Gesetz vorzuziehen sein.“ — Die jüngst in Paris gefassten Beschlüsse der Internationalen Ausstellungskonferenz“ beweisen, wie allgemein in den verschiedenen Staaten das Bedürfnis nach einem geschlossenen Vorgehen in dieser Richtung empfunden wird und wie eine Regelung des Medaillenwesens in allen Kulturländern nachgerade zur unabwendlichen Notwendigkeit geworden ist.

(+) Für gewerbliche Neugründungen und Kapitalerhöhungen wurde im Jahre 1907 eine geringere Kapitalsumme beantragt als 1906. So aber Statistik der „F. F. F.“ wurden im Jahre 1907 in Aktiengesellschaften und Gesellschaften m. b. H. 1.311,66 Millionen Mark neu investiert gegen 1.520,52 Millionen im Jahre 1906. Die größte Abnahme des neu investierten Kapitals gegenüber dem Vorjahre brachte der Monat Oktober, wo 1907 nur 95,06 Millionen Mark beantragt wurden gegen 285,85 Millionen im Oktober 1906. Auch im April war der Rückgang schon groß gewesen. Die starke Einschränkung ist ausschließlich auf den geringeren Geldbedarf von Aktiengesellschaften zurückzuführen. Während die Summe des in Gesellschaften m. b. H. investierten Kapitals von 285,72 Millionen Mark noch auf 418,00 Millionen Mark hinaufging, sank sie bei den Aktiengesellschaften von 1.131,46 auf 893,54 Millionen Mark. Die Zahl der Gesellschaften, die an den Neugründungen und Kapitalerhöhungen, so zeigt sich, daß der Geldbedarf für neue Unternehmungen als für schon bestehende Gesellschaften zurückgegangen ist. Die Summe des für Neugründungen beantragten Kapitals ging von 785,51 Millionen Mark im Jahre 1906 auf 699,73 im Jahre 1907 zurück, die für Kapitalerhöhungen erforderliche Summe sank von 703,71 auf 610,82 herab. In den einzelnen Quartalen der Jahre 1906 und 1907 stellte sich die Summe des neu investierten Kapitals für A.-G. und Gesellschaften m. b. H. zusammen wie folgt in 1000 M.: 1. Quart. 1906: 333.427, 1907 402.178, 2. Quart. 1906: 400.305, 1907: 337.378, 3. Quart. 1906: 255.375, 1907: 267.928, 4. Quart. 1906: 305.378, 1907: 304.081.

Jahrbuch für Deutsche Privatbeamte. Jahrgang 1908. Herausgegeben vom Direktorium der Deutschen Privatbeamtenvereine in Magdeburg. Preis bei portofreier Zustellung 60 Pfg. Wer vieles bringt, wird allen etwas bringen. Dieses geflügelte Wort ist auch für das vorliegende kleine Jahrbuch für Privatbeamte zureichend. Das Jahrbuch macht den Leser nicht nur mit dem Programm, der Geschichte und den Einrichtungen des herausgebenden Vereins bekannt, sondern gibt auch eine kurze, gehaltvolle, aber durchaus sachliche und instruktive Übersicht über die jetzige deutsche Privatbeamtenbewegung und die wichtigsten sozialpolitischen Kernfragen, die heute alle Privatbeamten und auch die gesamte Öffentlichkeit interessieren. Behandelt werden unter anderem die Frage der staatlichen Regelung der Pensions- und Hinterbliebenen-Versicherung für Privatbeamte, die Privatbeamten-Kammern, die Interessen der Privatbeamten an der Steuerreform, der Erholungsurlaub, die Pensionsberechtigung der Ehegatten, das Erfinderrecht, die Konkurrenzklause u. a. Der praktische Wert des Jahrbuches wird erhöht durch einen Termin- und Notizkalender. Wir begrüßen das Erscheinen dieses kleinen aber profunden Jahrbuches, dessen Anschaffung wir bei dem geringen Preis (beziehbare auch durch jede Buchhandlung) jedem Privatbeamten empfehlen und das auch für jeden Sozialpolitiker viel Wissenswertes bietet.

Handelsberichte.

Börsenwochen-Bericht.

(Originalbericht des „Mannheimer General-Anzeiger“)

B. Frankfurt a. M. 17. Jan. Man hatte allgemein erwartet, daß infolge der Erleichterung der Geldverhältnisse ein lebhafteres Geschäft sich an der Börse entwickeln werde. Von marianter Wirkung erwies sich insbesondere das Nachlassen der amerikanischen Geldansprüche, insofern als hierdurch der Bank von England die Herabsetzung ihrer Diskontsätze ermöglicht wurde. Die Zinsermäßigung der Bank von England ist also gewiß ein Beweis der wachsenden Verengung in Amerika. Allerdings zeigt der New-Yorker Markt häufig wechselnde Tendenz. Die Spekulation, welche an dem vorliegenden Tage 4 1/2 Prozente und Wasse spekuliert, hat dem heutigen Markte schon so manche trübe Tage bereitet. Es mag jedoch erwidert werden, daß der jetzige Zustand der Industrie in Amerika, von optimistischen Anschauungen zu sprechen und es vertritt sich schwer, so sagen, daß die amerikanische Eisenindustrie mit nahezu 70 Prozent lahmgelegt ist, die Kupferindustrie nicht trübselig ist. Es ist aber die Stimmung immer noch eine zweifelhafte, umso mehr der Amerikaner überhaupt seinen Grund hat, ein pessimist zu sein. Die Preise für Eisen haben verhältnismäßig Stand gehalten. Das Kupfer ging allerdings stark herunter und wird auch heute noch künstlich emporgehalten. Der größte Teil der Industrie in Amerika leidet überhaupt an Deflationsschmerz. Amerikanische Banken lagen verhältnismäßig günstig, liegen allerdings teilweise schwankende Haltung erkennen. Was die übrigen Börsen betrifft, so lassen sich verschiedene gut beobachtete Tendenzen erkennen. Prince Henry nach fester Haltung abgeklungen.

Große Mißstimmung brachte die anfänglichen Gerüchte über Kapitalerhöhungen der Hamburg-Amerika-Linie und des Norddeutschen Lloyds. Die Verunsicherung trat kurz vor Schluss der Woche ein, indem der Norddeutsche Lloyd eine außerordentliche Generalversammlung auf den 17. Februar einberuft, behufs Beschlußfassung über die Aufnahme einer Anleihe, welche, wie verlautet, im Betrag von 25 Millionen Mark zu 4 1/2 Prozent projektiert ist. Auch weiter verlautet, daß im Herbst die Hamburg-Amerika-Linie eine Obligationserhebung in ähnlichem Betrage vorzieht. Diese Anleihen sollen zur Deckung der Kosten neuer Schiffe dienen. Schiffsbaukosten lagen matt. Der Weltmarkt lag relativ günstig, mußte aber auch einer schwächeren Tendenz Platz machen. Unsere Staatspapiere hatten unter dem Eindruck der neuen preussischen Staatsanleihe, welche zu leihen. Die Tendenz läßt sich jedoch als ziemlich gut bezeichnet erkennen. Prozentige Papiere waren teilweise schwächer, Prozentige Badener gedrückt. Von ausländischen sind Russenwerte bei fester Tendenz zu erwähnen, ebenso Ägypten. Argentinier weiter lebhaft. Stabianleihen und Prioritäten schließen größtenteils mit Kursverlusten. Die Diskont-ermäßigung der Bank von England auf 5 Prozent hat die Hoffnungen der internationalen Geschäftswelt, die schon für die vorige Woche eine solche Maßnahme erwartet hatte, nicht getrübt.

Der deutsche Reichsbankstand hat in der zweiten Januarwoche eine weitere wesentliche Kräftigung. Immerhin aber bleibt der Status des Institutes auch jetzt noch angespannt und die Summe der fällig werdenden Noten ist noch größer als im Vorjahre, womit sich andererseits ebenfalls rechtzeitig, daß die Bank nicht noch stärker als gekürzt, ihre Rate herabgesetzt hat. Für die laufende Woche ist ein weiterer Rückgang zu erwarten. Falls die Rückläufe diesmal ähnlichen Umfang annehmen werden, ist mitin damit zu rechnen, daß mit Ende der laufenden Woche die Bank aus der Notensteuer herausgekommen sein und wieder über eine kleine Notenreserve verfügen wird. Auch die Diskontermäßigung der Deutschen Reichsbank machte auf die Börse wenig Eindruck.

Die Deutsche Reichsbank hat den Diskont von 7 1/2 Prozent vermindert. Den Vorstoß führte zum ersten Male der neue Reichsbankpräsident, der bisherige Reichsbankpräsident Savenstein. Es wurde in der Sitzung des Zentralausschusses dem Vorschlag, den Diskont auf 6 1/2 Prozent und den Lombardzinsfuß auf 7 1/2 Prozent festzusetzen, ohne Widerspruch zugestimmt. Die Ermäßigung beträgt somit 1 Prozent. Zur Motivierung dieser Maßnahme konnte der Vorsitzende auf die Tatsache hinweisen, daß in den ersten 4 Tagen der 2. Januarwoche weitere Rückläufe zur Bank stattgefunden haben, die freilich nicht von gleichem Umfang gewesen seien wie im Vorjahre, die es aber doch gestatten, den im neuen Jahre bereits seitens der Bank von England und der Bank von Frankreich vorgenommenen Diskont-herabsetzungen zu folgen. Es ist namentlich daran zu erinnern, daß die Summe der fällig werdenden Noten, die im verflochtenen Jahre bis zum 11. Januar auf rund 135 Millionen Mark zurückgegangen war, jetzt um ca. 70 Millionen Mark über diesen Betrag hinausgeht und daß das Metall sich nur um ca. 20 Mill. Mark vermehrt hat gegen etwa 10 Mill. im Vorjahre.

Die Reichsbank hatte den Diskont von 7 1/2 Prozent am 8. November d. J. mitten in der furchtbaren Verwirrung festgesetzt, welche durch die amerikanischen Banken- und Geldmarktverunsicherungen hervorgerufen worden war. Am 28. Oktober, eine Woche nach der Zahlungseinstellung der Andersons Trust Company in New-York, hatte das deutsche Zentralinstitut den Diskont auf 6 1/2 Prozent erhöhen müssen, um sich gegen Goldentnahmen für das Ausland zu schützen. Am 31. Oktober folgte die Bank von England mit einer Erhöhung der Rate auf 5 1/2 Prozent, woran sich aber schon am 4. und 7. November zwei weitere Herabsetzungen reichten, die den offiziellen Wechselkurs in England auf 7 Prozent brachten. Im letztgenannten Tage ging auch die Bank von Frankreich von 7 1/2 Prozent auf 6 Prozent. Gegenüber diesen Vorgängen blieb der durch große heimische Anleihen und schlechte fremde Wechselkurse bedrückte Deutsche

Der Ferkelmarkt war mit 242 Stück besucht. Handel lebhaft. Pro Stück wurden M. 2—6 bezahlt.

